



## Plenum

### 24. Sitzung

München, Dienstag, 16. Juli 2019, 14:00 bis 16:41 Uhr

#### Wortwahl in Plenardebatten

Präsidentin Ilse Aigner..... 2835

#### Erklärung gem. § 113 BayLTGeschO

Katharina Schulze (GRÜNE)..... 2835

Christoph Maier (AfD)..... 2835

#### **Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion**

##### **FREIE WÄHLER**

##### **"Heimat bewahren - Fläche sparen"**

Florian Streibl (FREIE WÄHLER)..... 2836

Sandro Kirchner (CSU)..... 2837 2841

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 2841 2843 2862

Franz Bergmüller (AfD)..... 2843 2845 2868

Annette Karl (SPD)..... 2845 2864

Alexander Muthmann (FDP)..... 2846

Dr. Marcel Huber (CSU)..... 2847

Christian Zwanziger (GRÜNE)..... 2849 2850

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER)..... 2851

Norbert Dünkel (CSU)..... 2853

Rosi Steinberger (GRÜNE)..... 2854

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)..... 2856 2857 2865

Raimund Swoboda (fraktionslos)..... 2857 2858

Staatsminister Hubert Aiwanger..... 2858

Manfred Ländner (CSU)..... 2867

Sebastian Körber (FDP)..... 2869

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten

Horst Arnold, Martina Fehlner, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD),  
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und  
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes**

**Förderung des Aufbaus und Betriebs von lokalen Anbietern gemein-  
nütziger Bürgerrundfunkprogramme/Community Media (Drs. 18/2585)**

- Erste Lesung -

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE).....	2872 2880
Martina Fehlner (SPD).....	2873
Ulrike Scharf (CSU).....	2874
Uli Henkel (AfD).....	2876
Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER).....	2878 2879
Helmut Markwort (FDP).....	2879
Verweisung in den Wirtschaftsausschuss.....	2881
Schluss der Sitzung.....	2881

(Beginn: 14:06 Uhr)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 24. Voll-sitzung des Bayerischen Landtags. – In der letzten Sitzung hat es eine Debatte über Äußerungen der Kollegin Schulze gegeben. Kollegin Schulze will sich dazu kurz erklären. Ich erteile ihr das Wort.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Plenarsitzung haben wir heiß und viel diskutiert. Im Anschluss daran hatte ich ein gutes Gespräch mit der Frau Präsidentin, in dem es auch um das Thema Wortwahl ging. Mir wurde nämlich zugetragen, dass sich ein Abgeordneter durch meine Worte verletzt gefühlt hat. Das bedauere ich in diesem Fall.

Ich habe für mich etwas daraus gelernt. Ich werde in Zukunft bei gewissen Punkten meine Worte etwas anders wählen. Sie können sich aber alle sicher sein: Ich werde auch in Zukunft Rassismus als Rassismus bezeichnen, nur eben dann ohne persönliche Ansprache.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte das noch zum Anlass für eine Bemerkung nehmen. Die persönliche Ansprache ist etwas anderes als etwas allgemein Bezeichnetes. Das ist das Erste. Das Zweite ist mein grundsätzlicher Appell, auf die Wortwahl zu achten, weil wir in der Öffentlichkeit auch Vorbildcharakter haben. Dies will ich hier noch einmal zum Ausdruck bringen. – Herr Kollege Maier.

**Christoph Maier (AfD):** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus! Wir haben es alle gerade mitbekommen: Sie hat es zugegeben. Sie hat einen Redner von uns, Richard Graupner, in der vergangenen Plenarsitzung als Rassisten bezeichnet. Heute erklärt sie sich und sagt, dass sie weiterhin daran festhalten möchte und dass sie sich bezüglich der Wortwahl in Zukunft gemäßigter ausdrücken möchte.

Man muss ganz klar sagen: Wenn hier solche beleidigenden Äußerungen fallen, dann ist das eine Rüge wert. Wenn das Präsidium diese Rüge heute nicht erteilt, dann muss es sich fragen lassen, ob wir hier überhaupt noch eine Ordnung auf-rechterhalten wollen.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Maier, ich weise noch einmal darauf hin, dass es eben einen Unterschied macht, wenn man einsieht, dass das eine falsche Wortwahl war. Der Sachzusammenhang ist trotzdem ein anderer. Wir haben auch beim Kollegen Müller, nachdem er sich entschuldigt hat, von einer weiteren Rüge abgesehen. Das ist jetzt ein neuer Vorgang.

Deshalb noch einmal mein Appell: Zuerst zu eskalieren und sich dann zu entschul-digen, ist auf Dauer nicht das Richtige. Deswegen bitte ich alle hier im Hause an-wesenden Kolleginnen und Kollegen, auf die Wortwahl zu achten. Es bringt nichts, das immer auszureizen und sich dann zu entschuldigen.

(Alexander König (CSU): Das können wir auf den Fasching verschieben!)

Wir alle würden uns gegenseitig einen Gefallen tun, wenn wir auf die Wortwahl achten würden. Das ist mein Appell an alle.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Bei einer Geschäftsordnungsdebatte gibt es normalerweise von jeder Fraktion einen Redner. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Sehe ich nicht. Dann steigen wir jetzt in die Debatte ein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion  
FREIE WÄHLER  
"Heimat bewahren - Fläche sparen"**

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion FREIE WÄHLER vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde beantragt zum Thema: "Heimat bewahren – Fläche sparen". In der Aktuellen Stunde beträgt die Redezeit wie immer fünf Minuten pro Person. Man darf die Redezeit auch zusammenzählen, aber dann muss jemand auf sein Rederecht verzichten. Die fraktionslosen Abgeordneten haben zwei Minuten Redezeit. – Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Kollege Florian Streibl.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde lautet: "Heimat bewahren – Fläche sparen". Heimat bewahren ist etwas, das uns allen am Herzen liegt. Was ist unsere Heimat, unsere Heimat Bayern, das Bayernland, das wir lieben? – Heimat ist das, was uns vertraut ist, das, wo wir uns wohl und sicher fühlen; Heimat ist dort, wo unsere sozialen Bezüge sind, dort, wo wir mit unseren Familien leben, aber auch dort, wo wir wirtschaften und arbeiten. Dieses Bayern wollen wir bewahren.

Bayern ist attraktiv. Bayern verbindet Tradition und Moderne. Wir verbinden die Ökonomie und die Ökologie. Bayern ist wirtschaftlich stark und hat ein großes Wachstum aufzuweisen. Diese Stärke und dieses Wachstum dürfen wir nicht gefährden. Wir müssen dieses Bayern aufrechterhalten. Gleichzeitig stehen wir aber vor der Herausforderung, dass wir Fläche sparen, sorgsam mit unserer Natur umgehen und auch unsere Bauvorhaben sorgsam planen müssen. Das alles müssen wir zusammenbringen.

Aber neben dem Flächensparen brauchen wir auch mehr bezahlbaren Wohnraum. Wohnraum muss bezahlbar sein. Wir brauchen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Wir brauchen auch Unternehmen, die hierherkommen und sich ansiedeln und hier arbeiten wollen. Bayern muss zukunftsfähig bleiben. Dem wollen wir uns widmen. Flächen sparen muss aber auch sein. Deshalb müssen wir uns überlegen, wie wir das letztlich in Einklang bringen können: Die Naturschönheit bewahren, aber auch die Wirtschaft stärken. Deshalb geht es darum, intelligent Flächen zu sparen. Wir müssen die Bodenversiegelung verringern und die Qualität der Böden im ökologischen Sinne aufwerten. So wollen wir unsere Heimat Bayern weiterentwickeln.

Bayern ist circa 70.000 Quadratkilometer groß. Die Siedlungs- und Verkehrsflächen machen ungefähr 12 % unserer Landesfläche aus. Damit sind wir unter den westdeutschen Bundesländern Spitze; alle anderen haben mehr Siedlungs- und Verkehrsflächen. Im Bundesdurchschnitt sind es immerhin 14 %. Gemessen daran steht Bayern gut da.

Wer sich die Entwicklung des Flächenverbrauchs in Bayern anschaut, stellt einen enormen Rückgang fest; in den Neunzigerjahren lag er noch bei knapp 30 Hektar pro Tag. Diesen Trend können wir fortsetzen.

Der Anteil der landwirtschaftlichen Fläche in Bayern liegt bei ungefähr 46 %. 35 % sind Waldflächen.

Ungefähr die Hälfte der Siedlungs- und Verkehrsflächen, die, wie erwähnt, 12 % der Landesfläche ausmachen, sind versiegelt. Wir müssen uns genau anschauen, was alles als verbrauchte Fläche gilt. Dazu bedarf es einer differenzierten Sichtweise. Als verbraucht gilt eine Fläche schon dann, wenn sie beplant ist. Obwohl auf dieser Fläche noch nichts gemacht worden ist, wird sie als verbraucht eingestuft.

Als verbraucht gilt – im klassischen Sinne – auch eine Fläche, die versiegelt bzw. zugebaut ist. Auch Flächen, die laut Agrarstatistik der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen sind, werden als verbraucht bewertet. Dazu gehören Flächen, die der Erholung, der Freizeit, dem Sport und Sonstigem dienen. Wir müssen genau schauen, wie wir auch diese Flächen ökologisch aufwerten bzw. ökologisch werthaltiger machen können, um einen Mehrwert zu bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir dürfen den Flächenverbrauch nicht nur in quantitativer Hinsicht betrachten; wir müssen ihn auch qualitativ bewerten. Es bedarf einer differenzierten Reaktion auf den Flächenverbrauch, damit Bayern unsere Heimat bleiben kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Starre Kontingente lehnen wir ab. Wir brauchen hier Flexibilität. Wenn wir starre Regeln einführen würden, dann hätten wir den Effekt, dass die reichen Gemeinden reicher und die armen Gemeinden ärmer würden. Der Wohnraum würde sich bis ins Unermessliche verteuern. Damit wäre das Ganze asozial. Wir wollen nicht, dass unsere Bürgerinnen und Bürger darunter leiden müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, deshalb haben wir, die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER, einen Zehn-Punkte-Plan entwickelt. Diesen haben wir auch in das Hohe Haus eingebracht, um mit Ihnen darüber debattieren zu können. Das wollen wir am heutigen Tag machen. Der nachfolgende Redner meiner Fraktion wird unseren Plan erläutern. Ich freue mich auf die Diskussion.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Sandro Kirchner von der CSU das Wort. Er hat zehn Minuten in Anspruch genommen.

**Sandro Kirchner (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Wenn wir die momentane politische Großwetterlage verfolgen, müssen wir feststellen, dass wir wohl im politischen Zeitalter der Angst angekommen sind. Nicht mehr das Sachliche ist gesetzt, sondern das Überzeichnen, das Postfaktische. Begriffe wie "Flächenfraß" und "Betonflut" zeugen vom gegenwärtigen Populismus in der Diskussion. Mit diesen Begriffen wird der Eindruck erweckt, ganz Bayern sei zubetoniert bzw. asphaltiert, und es gebe bei uns keinen Grashalm mehr, den man noch zupfen könnte. Vor allem wird behauptet, dies sei nur in Bayern so, nirgendwo sonst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie es mich direkt sagen: Das ist Quatsch. Fakt ist, dass 88 % der Fläche Bayerns aus Wäldern, Äckern, Wiesen, Naturland und Gewässern bestehen. Natürlich werden bei uns auch Flächen als Siedlungs- und Verkehrsflächen genutzt. Mein Vorredner hat es richtig gesagt; es sind 12 % der Gesamtfläche.

Lasst uns doch die zutreffende Begrifflichkeit wählen, und kehren wir uns von dem Begriff "Flächenfraß" ab! In Bayern "frisst" niemand Fläche. Bayern ist zwar schwarz; aber wir haben keine schwarzen Löcher. Wenn es nach Ihrer Definition

ginge, würden wir uns irgendwann im Nichts auflösen, weil Bayern verloren gegangen ist. Sprechen wir zukünftig bitte von "Flächennutzung"!

Also: 12 % der Fläche Bayerns werden für Siedlungen und Verkehrsmaßnahmen genutzt. Das ist, wie mein Vorredner schon gesagt hat, der niedrigste Anteil unter den westdeutschen Bundesländern. Herr Kollege Hartmann, Baden-Württemberg, wo die GRÜNEN regieren, liegt mit 14,4 % weit vor Bayern, was die Flächennutzung betrifft. Wie mein Vorredner ebenfalls gesagt hat: Bayern liegt auch unter dem Bundesdurchschnitt.

Was zählt eigentlich zu den genutzten Flächen? – Dazu gehören Wohnungen, Häuser, Straßen, Radwege, Schienenstrecken, Industrie- und Gewerbeflächen. Dazu gehören übrigens auch Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien – Photovoltaik, Windkraft und alles, was dazugehört –, also das, was Sie eigentlich wollen. Wenn wir ehrlich sind: Dazu gehören auch unsere Gärten und das Straßenbegleitgrün. Die Straßenbauämter lassen momentan überall das Gras stehen, damit Blumen und Blüten auch für Sie sichtbar sind. Zu den genutzten Flächen zählen Parks, zum Beispiel der Englische Garten, sowie Fußballplätze, Sportanlagen, Golfplätze und, ja, auch Friedhöfe.

Es ist an der Zeit, dass wir anfangen, zwischen beplanter Fläche und tatsächlich versiegelter Fläche zu unterscheiden. Wenn wir uns das Ganze genauer anschauen, stellen wir fest, dass in Bayern tatsächlich nur die Hälfte der genutzten Fläche versiegelt ist.

Wir waren beim Flächengipfel. Herr Hartmann, Sie haben mir am Tisch gegenüber-gesessen. Dort ist der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Erfolg und Arbeitsmarkt klar aufgezeigt worden; zwischen beiden gibt es eine Korrelation. Seit dreißig Jahren steigt die Einwohnerzahl Bayerns stetig an; zwei Millionen Menschen mehr als damals wohnen im Freistaat. Allein in den vergangenen vier Jahren sind eine halbe Million Menschen in Bayern angekommen. In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Erwerbstätigen um eine Million gestiegen. Die Menschen, die zu uns gekommen sind, die Menschen, die hier arbeiten, brauchen Wohnungen, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Naherholungsgebiete. All dies gehört neben Büroräumen, Verkaufsräumen und Produktionsstätten zur Infrastruktur. In der Diskussion geht der gesellschaftliche Wandel, der damit einhergeht, vollkommen verloren. Die Anzahl der Singlehaushalte ist drastisch angestiegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten doch nicht so tun, als würden wir das Rad im Moment gerade neu erfinden. Wir alle sind ohnehin der Meinung, dass wir die Flächen in Bayern effektiver nutzen wollen, dass wir etwas dafür tun und uns dafür entsprechend einsetzen wollen, dass Flächen nicht versiegelt werden.

Wenn man sich mit dem Thema einmal genauer beschäftigt, stellt man fest, dass wir einen richtigen Blumenstrauß an Instrumenten haben, gerade für die Bauleitplanung. Die Kommunen müssen schon jetzt den Bedarf nachweisen, wenn sie neue Baugebiete, Gewerbe- oder Industriegebiete ausweisen wollen. Die 10-H-Regel gehört ganz klar dazu. Somit steht auch die Entprivilegierung oder die Teilprivilegierung im Vordergrund. Die Revitalisierung der Altortbereiche ist gang und gäbe. Die Förderung des Leerstandmanagements, kommunale Allianzen, Dorferneuerungsmaßnahmen, Förderung denkmalgeschützter Bausubstanzen, das 10.000-Häuser-Programm, die Städtebauförderung, die Förderinitiative "Innen statt Außen" und sogar die Parkplatzregelungsdiskussion sind durch den Freistaat Bayern mittlerweile auch schon im Bundesrat angekommen.

Sie sehen, dass sich Bayern intensiv um diese Themen bemüht und die Flächen sehr effizient nutzen möchte. Der Unterschied, der sich in der politischen Diskussion und in der Realität zeigt, besteht darin, dass wir versuchen, diese Themen in enger Abstimmung mit den Menschen, für die Menschen und mit den Kommunen zu bearbeiten, aber nicht – wie Sie – gegen die Menschen gerichtet.

Schauen wir uns das Postfaktische doch einmal genauer an: den Gesetzentwurf der GRÜNEN, lieber Herr Hartmann. Die Pressekonferenz am 12. Juli 2019 hat doch gezeigt, dass Sie ein Problem mit der bayerischen Wirtschaft haben, dass Sie die Wirtschaft regelrecht an den Pranger stellen.

Ich darf kurz einige Zitate von Herrn Hartmann wiedergeben, damit wir einmal sehen können, wie die GRÜNEN über die bayerische Wirtschaft denken: Wenn ich durch das Land fahre, sehe ich, dass an der Autobahn ein Gewerbegebiet das nächste jagt. – Wettrüsten der Gewerbegebiete: eine Logistikhalle jagt die nächste.

Ich denke, Herr Hartmann, Sie sollten sich lieber mit den Fakten beschäftigen. Dann würden Sie feststellen, dass 2017 0,7 % der genutzten Fläche tatsächlich als Industrie- oder Gewerbegebiet genutzt wurde, dass Gewerbe, Industrie und Handel in Bayern aber nur 1 % der Gesamtfläche in Anspruch nehmen.

Wenn Sie sagen, Sie fahren auf Autobahnen durch das Land, würde ich Ihnen als GRÜNEM empfehlen, doch öfter einmal die Bahn zu nehmen, dann würden Sie vielleicht einen anderen Blickwinkel und eine andere Sichtweise auf die Dinge bekommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein weiteres Zitat von Ihnen: Seit 2000 ist die Bevölkerung in Bayern um 6,3 % gewachsen, die Siedlungs- und Verkehrsfläche aber um 15 %.

Ich würde schon sagen, dass dies den Methoden von Populisten nahekommt. Man muss schon sagen: Wenn es 6,3 % mehr Menschen gibt, müssen diese auch wohnen, arbeiten, sich erholen. Die Kinder müssen in den Kindergarten, zur Schule oder zur Ausbildungsstelle gehen. Sie brauchen Krankenhäuser, Arztpraxen, Straßen, Radwege, S- und U-Bahnen. Das zeigt eigentlich, Herr Hartmann, wie weit Sie mittlerweile von jeglicher Realität entfernt sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bayern ist ein sehr erfolgreiches Land. Das ist auch die Grundlage für unseren Wohlstand. Die Politik bietet beste Rahmenbedingungen; die Wirtschaft schätzt den Standortfaktor Bayern. Dadurch haben wir Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Ich habe das Gefühl, die GRÜNEN wollen dieses Erfolgsmodell Bayern sukzessive zerstören.

(Alexander König (CSU): Sie setzen es zumindest fahrlässig aufs Spiel!)

Die Reaktionen der kommunalen Spitzenverbände, aber auch der Wirtschaft sind vernichtend. Es fällt der Ausdruck "Schizophrenie", ebenso "Dirigismus" und noch vieles mehr. Das wird der Kollege im Nachgang noch betrachten. Ich denke, ein Zitat des Präsidenten des Bayerischen Handwerkstags, Herrn Peteranderl, darf ich noch bringen: "Gerade kleine und mittlere Unternehmen des Handwerks drohen in der Konkurrenz um Flächen [...] zerrieben zu werden." In der zugehörigen Veröffentlichung werden außerdem die "herannahende Wohnbebauung, strengere Auflagen zu Emissionen jeglicher Art" und steigende Bodenpreise erwähnt.

Lieber Herr Hartmann, für uns im ländlichen Raum ist gerade das Handwerk das Rückgrat unserer Wirtschaft. Davon sollten Sie die Finger lassen.

Die Enquete-Kommission hat parteienübergreifend festgestellt: Ausschlaggebend für die Entwicklung Bayerns und im Besonderen für den ländlichen Raum ist, dass jede Kommune in Bayern ausreichend Entwicklungsmöglichkeiten für Wohnungsbau, Gewerbegebiete und Arbeitsplätze hat.

Dass Sie generell ein Problem mit den Menschen haben, zeigt Ihre Politik. Ihre Ideologie sieht den Menschen als letztes Glied in der Kette. Dass Sie mit den Menschen im ländlichen Raum ein Problem haben, ist inzwischen jedem klar. Ihre Politik ist gegen den ländlichen Raum gerichtet; dort wollen Sie jegliche Entwicklung ausbremsen.

(Alexander König (CSU): So ist es leider, ja!)

Sie wollen alles unter Schutz stellen, am besten eine Käseglocke darüberstülpen. Der aktuelle Gesetzentwurf zeigt, dass es genau in diese Richtung geht. Sie missachten die kommunale Selbstverwaltung. Am liebsten wollen Sie alles von München aus dirigieren, verbieten und regulieren.

Den Vogel haben Sie beim Flächengipfel abgeschossen, als Sie mir gegenüber saßen und die Aussage gemacht haben, die Menschen auf dem Land seien schuld am Flächenfraß in Bayern, weil sie sich – sinngemäß – erdreisteten, in Einfamilienhäusern zu wohnen und damit Fläche in Anspruch zu nehmen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das muss man den Menschen mal sagen!)

Das zeigt ganz klar, welche Ansichten Sie haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neu für mich ist aber, dass die GRÜNEN jetzt auch ein Problem mit den Menschen in den Städten haben. Ihre OB-Kandidatin hat dadurch den Schaden. Für den Raum München gilt eine Wachstumsprognose, wonach weitere 500.000 Menschen bis zum Jahr 2030 zuziehen werden. Ihr degressiver Einwohnerfaktor von 0,13 schlägt hier voll zu. Sie sind in München schuld an den teuren Mieten. Sie werden in München an astronomischen Mieten schuld sein. Sie werden die Maisfelder im Umland sprießen lassen, während Sie die Nachverdichtung im Englischen Garten forcieren und jegliches Grün aus den Städten vertreiben.

Vor allem beantworten Sie den Menschen nicht die Frage – das sollte vielleicht Ihre OB-Kandidatin tun –, wo sie zukünftig wohnen und arbeiten werden,

(Alexander König (CSU): Gute Frage!)

wo die Kinder dieser Menschen zukünftig in den Kindergarten oder zur Schule gehen, wie es mit Krankenhäusern aussieht, welche Naherholungsmöglichkeiten damit einhergehen sollen und vieles mehr. Ich denke, dass Sie diese Fragen zur Infrastruktur doch einmal beantworten sollten. Sie treiben die Menschen in Armut und den einen oder anderen vielleicht sogar in die Obdachlosigkeit.

Beantworten Sie den Menschen, die im Münchner Umland wohnen, doch einmal ihre Fragen. Auch das sind Ihre Wählerinnen und Wähler. Sagen Sie ihnen, dass Sie zukünftig nicht mehr wollen, dass sie in Einfamilienhäusern, Doppelhäusern oder Reihenhäusern wohnen, dass Sie ihnen das alles wegnehmen und Sie einschränken wollen. Seien Sie doch einmal so ehrlich und versuchen Sie, diesen Weg zu gehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

**Sandro Kirchner (CSU):** Sie, die GRÜNEN, wollen Planwirtschaft. Kevin und Erich lassen grüßen. Sie wollen die Wirtschaft in Bayern an die Wand fahren. Sie diskriminieren den ländlichen Raum. Sie missachten die Selbstverwaltung

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege!

**Sandro Kirchner (CSU):** und treiben viele Familien in die Armut. – Weiteres gibt es am Mittwoch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Ludwig Hartmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kirchner, man muss ganz ehrlich sagen: Bei Ihrer Rede hatte ich gerade das Gefühl, dass Sie das Ziel, den Flächenverbrauch in Bayern einzudämmen, gerade komplett aufgegeben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das stimmt überhaupt nicht!)

Kein einziger Vorschlag kam von Ihnen, wie wir den Flächenfraß in Bayern eindämmen könnten, kein einziger.

Ich komme gleich zu einem Thema, das Sie angesprochen haben, dem ländlichen Raum. Ja, der ländliche Raum ist uns wichtig.

(Lachen bei Abgeordneten der CSU – Alexander König (CSU): Das ist das Allerneueste!)

Deshalb möchten wir ein besseres Bus- und Bahnangebot. Wir wissen ganz genau: Wir haben im ländlichen Raum 8.000 Hektar ausgewiesene Gewerbegebiete, die nicht bebaut sind. Es mangelt eher an Firmen, die dort hinmöchten, als an ausgewiesenen Gewerbegebieten. Sie verdrehen die Tatsachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Bereich, den Sie gerade angesprochen haben: Wenn 300.000 oder 500.000 Menschen in den Großraum München ziehen, wollen Sie dann den Menschen versprechen, sie könnten alle in einem Einfamilienhaus wohnen? – Das wird nicht funktionieren. Für günstigen, bezahlbaren Wohnraum brauchen wir den Geschosswohnungsbau, aber nicht die Einfamilienhaussiedlung im Großraum München. Das ist doch ganz klar.

(Alexander König (CSU): Das hat er überhaupt nicht gesagt!)

Wer kann sich denn heute noch ein Einfamilienhaus im Großraum München leisten? – Kein Normalsterblicher.

(Alexander König (CSU): Grüne Einheitskiste! – Weitere Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben dort schon Preise von fast einer Million Euro. Das ist doch Fakt. Wir brauchen also den Geschosswohnungsbau. Der Geschosswohnungsbau treibt nicht den Flächenfraß voran, sondern das sind in der Regel große Straßenprojekte

und große Einfamilienhaussiedlungen. Wohnungsnot herrscht in Ballungsgebieten. Dort ist der Geschosswohnungsbau gefragt und nicht das Einfamilienhaus.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Sozialisten mit grünem Anstrich sind das!)

Ich möchte noch ein Thema zum ländlichen Raum ansprechen. Die einmalige ererbte Kulturlandschaft – ich hatte das Gefühl, dass wir uns da vor ein paar Monaten alle noch einig waren – möchten wir doch alle erhalten.

(Zuruf von der CSU: Käseglocke!)

Egal, ob ich mit dem Zug oder mit dem Auto durch Bayern fahre: Ich sehe diese negative Entwicklung in Bayern an allen Ecken. Wie ist es denn heute? – Heute kommt doch zuerst die Umgehungsstraße, dann siedelt sich dort ein Discounter an, und danach schließt der Laden im Ort. Eine fußläufige Einkaufsmöglichkeit für die Menschen vor Ort entfällt, weil der Discounter an den Ortsrand gewandert ist. Das treibt doch auch den Flächenfraß voran

(Zuruf von der CSU: Reine Märchenstunde!)

und sorgt dafür, dass unsere Ortskerne immer weiter ausbluten.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Das ist keine Verallgemeinerung, das ist Fakt: Wir erleben diese Entwicklung doch gerade. Wir haben alle diese Programme, vollkommen richtig: Dorferneuerung, Dorfläden voranbringen, alles vollkommen richtig. Warum tun wir das? – Weil die Läden im Ort geschlossen haben und meist an der Umgehungsstraße neue Discounter entstanden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass die Menschen in Bayern immer mehr von dieser Politik der Umgehungsstraßen die Schnauze voll haben, hat zum Beispiel ein Bürgerbegehren in Finning im Landkreis Landsberg ganz deutlich gezeigt.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Kommen Sie mal zu mir ins Dorf!)

Bei diesem Bürgerbegehren, zeitgleich mit der Europawahl, haben 70 % die Ansiedelung des Netto-Markendiscounters an der Ortseinfahrt abgelehnt. Das zeigt ganz deutlich: Die Menschen möchten die Ortskerne stärken und nicht die Entwicklung auf der grünen Wiese.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die Menschen sollen also im siebten Stock an der Umgehungsstraße wohnen!)

Ich möchte zum Schluss noch Folgendes sagen – es werden noch mehrere von uns reden –: Ich finde es schon erstaunlich, dass Sie all die Maßnahmen wieder auspacken, von denen wir hier bereits seit 16 Jahren immer wieder hören, seit 16 Jahren, seit dem Jahr 2003, als das Bündnis für Flächensparen geschlossen wurde. All die Maßnahmen, wie "Innen vor Außen", waren damals schon Vorgabe. Ich finde es interessant, was der ehemalige CSU-Parteivorsitzende Erwin Huber sagte, den ich zitieren darf. Er hat im Februar 2018 wörtlich gesagt, dass die gewünschten Ergebnisse bei den freiwilligen Maßnahmen beim Bündnis zum Flächensparen ausgeblieben sind. – Dann ist es doch an der Zeit für die Politik, die Realitäten anzuerkennen und zu sagen: Wir müssen dort lenkend eingreifen.

Wir haben nicht gesagt, dass der Flächenverbrauch von heute auf morgen auf null sinken soll. Wir wollen auf fünf Hektar runter. Das ist übrigens das Ziel der Bundesregierung, der Sie angehören. Fünf Hektar am Tag in Bayern sind der bayerische Anteil am Nachhaltigkeitsziel der Bundesregierung. Das heißt: Wir wollen den Ist-Zustand halbieren. Wir wollen runter auf die Hälfte. Wenn in Zukunft irgendwo noch ein Discounter entstehen soll, heißt das: mit Tiefgarage und zwei Stockwerken. Dann kommt man mit einem Bruchteil der Fläche von heute aus. Wir müssen endlich eine Politik einfordern, die denkt, bevor der Bagger kommt. Genau das wollen wir erreichen. Mit Sonntagsreden kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe der Abgeordneten Sandro Kirchner (CSU), Florian Streibl (FREIE WÄHLER) und Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Mit dem Ziel von fünf Hektar – das hat einen gewissen Charme angesichts des Gesetzentwurfs, den wir morgen diskutieren – geben wir den Kommunen doch die größtmögliche Freiheit. Im Innenbereich kann man machen, was man möchte. Den Außenbereich kann man auch noch weiterentwickeln. Man muss aber mit der Hälfte der Fläche auskommen.

Interessant ist auch das Thema Gewerbegebiete: Die 8.000 Hektar, die ausgewiesen sind, sind ungefähr die Fläche, die Bayern in den letzten zehn Jahren verbraucht hat. Man kann auch sagen, dass wir auf Vorrat wahnsinnig viel ausgewiesen haben.

Ein letzter Satz zum Kollegen Streibl, der einfach nicht richtiglag. Daran sieht man, dass Sie vom Thema kaum Ahnung haben:

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU: Oh! – Alexander König (CSU): Anmaßend! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist Realitätsverweigerung!)

Ein ausgewiesenes Gewerbegebiet zählt erst dann als verbrauchte Fläche, wenn es bebaut ist. Das wurde 2015 geändert. Das heißt, der Flächenfraß wird die nächsten Jahre eher nach oben und nicht nach unten gehen. Wir hatten in 2016 9,7 Hektar, 2017 waren wir bereits bei 11,7 Hektar.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Herr Abgeordneter Hartmann, bitte achten Sie auf Ihre Redezeit.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** (Beitrag nicht autorisiert) Der Flächenfraß steigt und geht nicht zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Danke, Herr Kollege Hartmann. – Ich darf den Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

(Beifall bei der AfD)

**Franz Bergmüller (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Heimat bewahren – Fläche sparen" – dieses Thema, beantragt von den FREIEN WÄHLERN, ist der Wahlkampfschlager der GRÜNEN gewesen. Ja, es ist fast wie die Mogelpackung des Volksbegehrens "Rettet die Bienen!". Darin ist es gar nicht um die Bienen gegangen. Die Zeichen sind nämlich verkehrt gesetzt worden. Normalerweise müsste es im umgekehrten Sinne heißen: Fläche sparen – Heimat bewahren.

Sie benutzen die Wortwahl der Panikmache: Zubetonieren statt umwidmen, wie der Kollege Kirchner schon gesagt hat. Zur Begrenzung des Flächenverbrauchs pro Tag auf fünf Hektar wollen Sie Ihr Volksbegehren von damals wieder aufleben lassen. Sie wollen die Aufteilung des Flächenverbrauchs auf die kommunalen Planungsträger nach anerkannten und statistisch verfügbaren Kriterien. Ich sage Ihnen eines: Das ist Planwirtschaft in den Kommunen. Wir brauchen die Selbstverwaltung der Kommunen und keine Planwirtschaft. Dazu sagt der Bayerische Städtetag: Dies widerspricht dem Grundgedanken des Planungsrechts, verstößt gegen die kommunale Selbstverwaltungsgarantie und verhindert dringend notwendigen Wohnungsneubau in Umlandgemeinden durch Vergabe nach Bevölkerungsstärke.

Dem schließt sich auch der Bayerische Gemeindetag im Wesentlichen an. Er fügt noch hinzu, dass das gemeindliche Vorkaufsrecht im Siedlungsbereich gestärkt werden sollte, um genau das zu erreichen, was Sie mit Reglementierungen erreichen wollen: Baugebot, Instandsetzungsgebot und Rückbaugebot praxisgerecht ausgestalten. Das sind die Punkte, die der Gemeindetag hier auch anführt.

Praxisgerecht – das ist der entscheidende Punkt. Das sage ich Ihnen auch nach fast 24 Jahren Tätigkeit als Gemeinderat. Lasst die Entscheidungen dort! Das Bewusstsein in den Gemeinden ist eine Pflanze, die schon zu einem Baum ausgewachsen ist. Sie haben gerade zutreffend gesagt, dass es Bürgerbegehren gibt, bei denen genau die Bürger entscheiden. Dieses Bewusstsein muss aber mit Anreizen statt mit Verboten gepaart sein.

Speziell im Wohnungsbau ist es für das Ziel, die 1,1 Millionen Wohnungen zu bekommen, die wir in Deutschland erreichen könnten, unerlässlich, in die Höhe zu bauen, wie ich das in der Haushaltsdebatte schon mehrmals habe anklingen lassen. Der Wohnungsbauminister hat das in dem Fall bestätigt. Ein Fehler der CSU war natürlich, den sozialen Wohnungsbau, den früher auch Gewerkschaften gemacht haben, mit dem Ausverkauf der GBW-Wohnungen zurückzufahren. Das war ein Riesenfehler.

Wir brauchen aber in den Gemeinden nicht nur Wohnen, sondern auch Arbeiten. Eine richtige Infrastrukturpolitik, die zu einer der höchsten Eigenheimquoten in ganz Deutschland geführt hat, wurde in Niederbayern gemacht: Die Entwicklungspolitik von Strauß hat damals BMW in Dingolfing und Regensburg angesiedelt. Man sieht, wie diese Gegenden vorangekommen sind.

Wir brauchen aber auch viele konkrete Punkte, um den Wohnungsbau richtig anzukurbeln, um die Verdichtung im Innenbereich gegenüber dem Außenbereich voranzutreiben. Das ist in unserem AfD-Landeswahlprogramm deutlich enthalten.

Wir müssen die Baugenehmigungen bei den Landratsämtern mit der Einführung einer Fiktion von zwei Monaten wie bei den Gemeinden vorantreiben. Wir brauchen die degressive Abschreibung auf Wohnungsbauinvestitionen von 8 %, und wir brauchen eine Sonderabschreibung für die Reaktivierung von brachliegenden Gebäuden, ob das alte Werkstätten sind oder landwirtschaftliche Gebäude. Das hat es übrigens 1998 schon einmal gegeben. Damals waren es fünfmal 12.000 DM. Wir fordern, dass das wieder eingeführt wird, mit fünfmal 10.000 Euro.

Wir brauchen auch für die Renovierungen von Altbauten eine Änderung des Baurechts hinsichtlich Abstandsflächenrecht. Ich sage Ihnen, dass andere Bundesländer uns da schon weit voraus sind. Daran müssen wir arbeiten. – Wir müssen in Sonder- und Gewerbegebieten den Wohnungsbau auf Supermärkten ermöglichen, aber auch in Gewerbegebieten Werkdienstwohnungen steuerlich fördern wie in Österreich. Das ist aus unserer Sicht unumgänglich. – Wir müssen den Wohnungstausch fördern, wie das in England üblich ist.

Das sind lauter konkrete Beispiele. Wir müssen die Arbeit zu den Leuten bringen. Wir müssen die Nahversorgung, zum Beispiel Bäcker, Metzger, Wirte, Landwirte, Ärzte und Apotheken, mit guten Rahmenbedingungen ermöglichen und sichern.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte behalten Sie die Redezeit im Auge!

**Franz Bergmüller (AfD):** Ich danke Ihnen herzlich.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich beim Abgeordneten Bergmüller. – Ich darf die Frau Kollegin Annette Karl von der SPD aufrufen. Frau Kollegin, Sie haben das Wort, bitte schön.

**Annette Karl (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Attraktivität unserer Heimat Bayern beruht auf zwei Wurzeln: Bayern ist wirtschaftlich stark, und Bayern hat eine wunderschöne Natur. Dies beides – und das betone ich – gilt es zu erhalten, auch unter der Herausforderung, die Flächenversiegelung in Zukunft massiv zu reduzieren.

Die SPD bekennt sich klar zur Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes, den Flächenverbrauch bis 2030 auf 30 Hektar pro Tag einzudämmen. Das bedeutet für Bayern fünf Hektar pro Tag. Bayern geht sogar noch weiter und hat in seiner Strategie langfristig eine Flächenkreislaufwirtschaft angekündigt, leider ohne Zeitvorgaben. Wir sind der Meinung, Bayern kann bei der Vereinbarkeit von wirtschaftlicher Entwicklung und Flächensparen Vorreiter sein. Wir sollten hier mutig voranschreiten.

Die SPD möchte zum Thema Flächensparen folgende Grundpositionen deutlich machen:

Erstens. Wir sind für eine verbindliche Obergrenze von fünf Hektar pro Tag, und zwar perspektivisch im Landesplanungsgesetz bis 2030 verankert. Über die Verteilung dieser Flächen kann man dann noch trefflich streiten. Alle Vorschläge, die bisher gemacht wurden oder gemacht werden, halten wir nicht für zielführend.

Zweitens. Liebe GRÜNE, Flächen werden nicht gefressen, sondern sie werden genutzt. Dabei werden sie in irgendeiner Form verbraucht. Für ein realistisches Bild der Lage ist es notwendig, die soziale, die ökonomische und auch die ökologische Qualität des Flächengebrauchs zu beachten. Aus einer sauren Wiese einen Landschaftspark zu machen, wie das oft bei Wettbewerben geschieht, ist etwas ganz anderes als ein ebenerdiges Logistikzentrum auf dieselbe Wiese zu bauen. Statistisch gelten aber beide Flächen als Siedlungs- und Verkehrsfläche und damit als verbraucht. Hier brauchen wir zielgerichtete Definitionen.

Verfassungsgebote, die es zu beachten gilt, sind ein hohes Gut. Hier spreche ich von der Planungshoheit der Kommunen und der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen. Jede Zuweisung von Flächenbudgets muss deshalb die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen, gerade im ländlichen Raum, berücksichtigen. Allerdings ist eine unverbindliche Richtgröße unserer Meinung nach zu wenig, denn sie entfaltet keine Lenkungswirkung. Wir plädieren deshalb, wie schon gesagt, bei nachgewiesenem Bedarf für eine verbindliche Obergrenze mit großzügigen Ausnahmeregelungen.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen die Ankündigung der Staatsregierung, das Landesentwicklungsprogramm – LEP – wieder aufzumachen, die Lockerung des Anbindegebotes rückgängig zu machen und das LEP beim Thema Flächensparen enger auszulegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht aber nicht darum, etwas enger auszule-

gen, sondern es geht darum, das komplette LEP auf den Prüfstand zu stellen. Wir sind in dieser misslichen Lage, weil mit der letzten Reform alles neoliberal ausgerichtet worden ist. Die Kommunen sind in einen Standortwettbewerb getrieben worden, anstatt, wie wir das verlangt haben, mithilfe des LEPs Netzwerke für eine gemeinsame Entwicklung von Stadt und Land in Bayern zu installieren. Wir plädieren deshalb dafür, die angekündigten Regionalkonferenzen für einen Bürgerdialog zu nutzen, bei dem man sich miteinander darüber unterhält, wie wir Bayern ökologisch, ökonomisch und sozialverträglich weiterentwickeln können. Daraus wollen wir ein LEP entwickeln, das diesen Gesichtspunkten genügt.

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsregierung muss Hilfestellungen für die Kommunen anbieten, die über die Bereitstellung eines Flächensparmanagers, den die Kommunen dann wahrscheinlich auch noch selber zahlen müssen, deutlich hinausgehen.

Hierzu nur einige Punkte: Wir brauchen eine Reform der Kommunal Finanzen mit mehr freien Geldern für Kommunen. Wir brauchen eine staatliche Übernahme von Altlastenentsorgungskosten zur Schaffung von Wohnraum. Wir brauchen eine Stärkung des gemeindlichen Flächenzugriffs im Siedlungsbereich. Wir brauchen die Ermöglichung einer flächensparenden Bauleitplanung und steuerliche Anreize. Hierzu nenne ich das Stichwort "Grundsteuer C". Es gibt kein Naturgesetz, dass Logistikhallen immer ebenerdig gebaut werden müssen. Hier brauchen wir eine fachgesetzliche Begrenzung der Grundfläche.

(Beifall bei der SPD)

Zusammengefasst: Verbindliche Obergrenzen mit Luft zum Atmen, Unterstützung der Kommunen in finanzieller und gesetzlicher Hinsicht, die Neuaufstellung des LEPs jetzt beginnen. Jeder weiß, das dauert Jahre. Nicht nur Ankündigungen und Spiel auf Zeit, sondern Handeln jetzt!

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Danke schön, Frau Kollegin Karl. – Ich darf Herrn Kollegen Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion aufrufen. Bitte, Herr Kollege.

**Alexander Muthmann (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Titel der heutigen Aktuellen Stunde lautet: "Heimat bewahren – Fläche sparen". Bezeichnenderweise haben weder Herr Kollege Streibl noch Herr Kollege Kirchner überhaupt ein Bekenntnis zu dem Fünf-Hektar-Ziel abgegeben; in ihren Reden ist das überhaupt nicht mehr vorgekommen. Gleichwohl denke ich, der Koalitionsvertrag und die da vorgegebene Orientierung behalten ihre Gültigkeit.

Bevor wir zum Thema Flächensparen kommen, will ich noch eine Vorbemerkung machen. Das Thema "Heimat bewahren – Fläche sparen" suggeriert, dass ein unmittelbarer Zusammenhang besteht. Wenn wir uns aber vor Augen führen, was besonders wichtig ist, erkennen wir, das sind prägende Landschaftselemente, exponierte Höhenrücken, typische Ortsbilder. Deshalb will ich darauf hinweisen, dass man sich auch auf einer Fläche von fünf Hektar pro Tag an all diesen schutzwürdigen Landschaftsbestandteilen schwer versündigen kann. Es wird also um Flächensparen gehen, aber das wird nicht das einzige Element bei der Novellierung des Landesentwicklungsprogramms sein können.

Damit will ich auch deutlich machen, dass das nicht alle unsere Probleme löst. Die Logistikzentren werden immer wieder angesprochen. Auch sie sind ein Ausdruck

und ein Element unseres Wirtschaftens. Wir werden ein Bekenntnis dazu abgeben müssen, ob, wie und wo wir künftig Logistikzentren haben wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, was Sie hier präsentiert und in diesem Zehn-Punkte-Programm vorgestellt haben, ist zu wenig, um zu dem angestrebten Ziel zu kommen. Mit altbekannten Thesen wie "Innenentwicklung vor Außenentwicklung" oder "bedarfsgerechte Entwicklung von Städten und Gemeinden" wird es dann doch nicht getan sein. Wir glauben, dass die Gemeinden, nachdem sie wie wir alle wissen, ein ganz maßgeblicher Player in diesem Zusammenhang sind, durch ihre Bauleitplanung ganz maßgeblich mitentscheiden, ob, wo und wie viel Fläche für Siedlungsnutzungen, für gewerbliche Nutzungen und für Infrastruktur in Anspruch genommen wird. Solche Entscheidungen kann man nicht übers Knie brechen, sondern sie müssen in Zusammenarbeit und Beratung, möglichst auch in Kooperation mit den Gemeinden, getroffen werden, damit man die gewünschten Ziele erreichen kann. Wenn man die Gemeinden aber ansprechen will, dann muss man deutlich sagen, welchen Beitrag die Gemeinden dazu leisten müssen. Das kann man dann nicht nur mit einem gesamt-bayerischen Fünf-Hektar-Ziel begleiten; das ist zu wenig. Wir schlagen vor, das durchaus mit den Gemeinden herunterzudeklinieren, um dann zu Lösungen zu kommen.

(Beifall bei der FDP)

An die GRÜNEN adressiert: Es wird auch morgen Gelegenheit sein, die Dinge vertieft zu betrachten. Ihre Aussage, Freiwilligkeit hat bislang zu keinen Ergebnissen und Erfolgen geführt, halten wir für schief. Zunächst müssen wir erst einmal eine Messlatte für die Kommunen definieren, um sie dann daran messen zu können. Gegebenenfalls können dann auch Korrekturen vorgenommen werden. Ohne Messlatte aber den Vorwurf zu erheben, Freiwilligkeit führe zu keinem Erfolg, halten wir für falsch.

Aus ländlicher Sicht darf ich mit Blick auf das Thema Einfamilienhäuser noch ganz kurz sagen, dass dieses Thema eine große Rolle spielen wird. Es war nicht nur bei der Podiumsdebatte ein Thema; es ist auch in der Begründung des Gesetzentwurfs zu lesen, denn da steht, dass der erhöhte Flächenverbrauch auch auf den Wunsch vieler Familien zurückzuführen ist, im Grünen zu wohnen. Ja, und dazu bekennen wir uns auch. Das ist nämlich ein wesentlicher Attraktivitätsfaktor des ländlichen Raums. Legt hier bitte nicht die Axt an. Das muss noch einmal diskutiert und bewertet werden. So kommen wir zu keinen Lösungen, nicht über einen Verzicht auf Einfamilienhäuser.

Auch zu den Kosten im Vorblatt werden wir morgen noch das eine oder andere ergänzen, auch Beispiele, wie sich diese vorgelegten Lösungen im ländlichen Raum, insbesondere in kleinen Gemeinden, auswirken.

Wir wollen mit den Gemeinden zusammen komplexe Lösungen erarbeiten. Nur so wird das erfolgreich sein können, aber nicht mit Schnellschüssen, die auch noch mit Stimmungen hinterlegt sind, die wir in dieser Debatte, die sorgfältig zu führen ist, gar nicht brauchen können.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Dr. Marcel Huber, Abgeordneter und Staatsminister a. D., aufrufen. Bitte sehr.

**Dr. Marcel Huber (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will das Thema, das ich einmal "nachhaltige Flächennutzung" nennen

möchte, gern aufgreifen. Dies ist ein Begriff, der ohne Emotionen ist und die Sache, die wir anstreben, meiner Meinung nach am besten beschreibt.

Das Thema ist ein wirklich komplexes, ganz schwieriges. Es ist sehr leicht, Emotionen zu wecken, wenn es darum geht, diesem schönen Bayernland mit seinen wunderschönen Bergen und Seen, den Flächenfraß entgegenzustellen: Große Flächen werden täglich zubetoniert. Wenn man dieses Bild malt, erhält man ganz leicht Zustimmung, und abstrakt ist es ja auch ganz einfach.

Schwierig wird es, wenn es konkret wird. Denn viele von jenen, die zustimmen, wenn es heißt, dass dem Flächenfraß entgegengetreten werden muss, nehmen für sich selbst oftmals wie selbstverständlich in Anspruch, dass die erstrebenswerteste Wohnform das Häuschen mit Garten ist. Das sei ihnen gegönnt. Ich glaube nicht, dass wir das Recht haben, ihnen das zu verbieten.

Wir alle genießen, dass unser Land großzügig gestaltet ist: Es gibt Parks, Sportplätze, Grünflächen, große Grünbrücken in den Städten, die gerade angesichts des Klimawandels wichtig sind. Wir lieben es, Rad zu fahren. Es ist ja auch sehr ökologisch, nicht mit "Stinkern" herumzufahren, sondern das Rad zu nehmen. Ich bin gerade heute auf der B 12 zwischen Maitenbeth und Hohenlinden entlang einer Großbaustelle gefahren. Dort wird ein Radweg gebaut. Für diesen Radweg wird Fläche zubetoniert. Damit liegen die Landkreise Mühldorf und Ebersberg für die nächste Zeit garantiert schon wieder über der Grenze ihres Kontingents.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Ganze kann man jetzt noch in Relation setzen. Ich kann Ihnen einige deutsche Bundesländer nennen, in denen die Bevölkerungszahl zurückgeht, die kommunale Infrastruktur zu groß wird und die null Probleme mit Flächenfraß haben. Dass in den letzten 25 Jahren eine Million Menschen mehr in Bayern wohnhaft geworden sind, die selbstverständlich Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Straßen etc. für sich in Anspruch nehmen, die wohnen und auch arbeiten wollen, ist sehr schwer mit der Absicht übereinzubringen, weniger Fläche zu brauchen. Dies alles ist damit verbunden, dass wir eher mehr Fläche brauchen. Aber wir alle sind uns einig, dass wir eine nachhaltige Flächennutzung betreiben wollen.

Aus diesem Grund brauchen wir ein großes Gesamtpaket, das gesellschaftliche Akzeptanz findet. Das will ich in den Mittelpunkt rücken. Denn Sie bevorzugen den Lösungsansatz, dies mit Ordnungsrecht, mit Bevormundung und mit Vorschriften zu tun.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Mit Landesplanung!)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel aus meiner Heimat. In einer Gartensiedlung will jemand das Dach eines zweigeschossigen Hauses ausbauen. Es hat eine Unterschriftenaktion aller Nachbarn gegeben, die meinen, dass das ein unmöglicher Vorgang sei. Wenn Sie aber dann mit Ihrem Flächenvolksbegehren kommen, dann unterschreiben die Leute wieder gegen das Zubetonieren Bayerns.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Genau so ist es!)

Deswegen brauchen wir eine intelligente Mischung aus Anreizen und Freiwilligkeit, zu einem Teil auch aus Ordnungsrecht, soweit dies notwendig ist.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Ach, doch!)

Eine kluge Balance zu finden ist die Aufgabe der nächsten Zeit.

Ein Prinzip hat sich schon herauskristallisiert; das erkenne ich von Weitem. Wir müssen zukünftig versuchen, bevorzugt auf schon bebauten Flächen zu bauen, und wir müssen intelligent in die Höhe bauen. Ich sage ausdrücklich "intelligent"; denn ich denke dabei nicht an Plattenbausiedlungen, sondern an moderne architektonische Lösungen mit hoher Lebensqualität, die eben anders sind als unsere derzeitige Vorstellung. Damit müssen wir uns und muss sich auch die Gesellschaft beschäftigen. Ohne das geht es nicht.

Eines möchte ich noch sagen. Was in Bergtälern, in denen sehr wenig Platz ist, selbstverständlich ist, ist auch in innerstädtischen Bereichen selbstverständlich, weil dort der Grund so teuer ist, dass man den Lebensmitteleinzelhandel eben nicht auf die grüne Wiese setzt und einen Riesenparkplatz baut, sondern dies durch Ständerbauten, Tiefgaragen und Mehrgeschossigkeit löst. Das muss überall möglich sein. Darum müssen wir uns kümmern. – Es gibt noch eine ganze Menge Diskussionsbedarf. Ich freue mich auf diese Diskussionen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Herzlichen Dank, Herr Dr. Marcel Huber. Sie haben Ihre Rede punktgenau beendet. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Das ist Herr Abgeordneter Christian Zwanziger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr, Herr Zwanziger, Sie haben das Wort.

**Christian Zwanziger (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich konkret einsteige, kann ich Ihnen, Herr Kollege Kirchner, eine Bemerkung nicht ersparen. Ich finde es durchaus überraschend, dass Sie hier mit der Populismuskeule um sich werfen, wenn Sie in Ihrer Pressemitteilung zu unserem Gesetzentwurf vom Freitag so tun – Herr Kollege Huber hat es eben wiederholt –, als ob in Bayern kein Fahrradweg mehr gebaut werden könnte, wenn der Flächenverbrauch halbiert würde. Ich glaube, die Menschen verstehen schon, dass man Fahrradwege bauen kann. – Den Vorwurf des Populismus zu erheben und dann selbst mit solchen Thesen zu kommen, ist schwierig.

(Beifall bei den GRÜNEN – Sandro Kirchner (CSU): Würden wir das umsetzen, was die GRÜNEN wollen, wäre es genau so! – Tobias Reiß (CSU): Das muss vorher das grüne Zentralkomitee genehmigen, sonst wird es nichts!)

– Ja, ja, das grüne Zentralkomitee, klar! – Herr Huber hat meiner Meinung nach am Schluss seiner Rede die besten Argumente geliefert, warum wir eine verbindliche Begrenzung brauchen. Herr Huber, Sie haben gesagt, in Bergregionen und in großen Städten, in denen die Fläche knapp ist, gibt es kreative Lösungen, da wird der Supermarkt mehrgeschossig gebaut. Was ist die Schlussfolgerung daraus? – Für mich lautet die Schlussfolgerung: Wir brauchen eine verbindliche Höchstgrenze. Mit dieser verbindlichen Höchstgrenze gehen Gemeinden dann kreativ um.

(Zurufe von der CSU)

Zu unserem Antrag haben jetzt schon einige gesprochen. Morgen werden wir im Detail darauf eingehen. Was an einer verbindlichen Höchstgrenze, in die ansonsten niemand hineinregiert, Bevormundung sein soll, weiß ich nicht. Wenn Sie es mit dem Flächenverbrauch ernst meinen, dann müssen Sie auch bei fünf Hektar pro Tag ankommen. Sie sagen aber nicht, wie Sie das schaffen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihrem Kabinettsbeschluss wird betont, dies sei ein Einstieg in das Flächensparen. Da sage ich: Glückwunsch! Ich habe eher das Gefühl, Sie springen auf einen

fahrenden Zug auf. Ich hoffe, Sie springen tatsächlich noch auf und kommen dann mit uns an. Aber wenn nicht, dann schaffen wir es auch ohne Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Für Volksbegehren seid ihr ja Experten!)

– Diese Debatte führen wir dann morgen, Herr Mehring. – Sie betonen, Innenentwicklung gehe vor Außenentwicklung. Das finde ich gut. Nur, Herr Aiwanger, da frage ich Sie schon: Wo waren Sie denn, als der Kollege Reichhart die Verlängerung des § 13b BauGB verlangt hat? – Das Institut der Deutschen Wirtschaft sagt, § 13b werde in bayerischen Kommunen angewandt, und in 83 % der Kommunen, in denen er angewandt werde, bestehe eine Überversorgung mit Wohnraum. Herr Kollege Aiwanger, sprechen Sie bitte mit den Kabinettskollegen.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Sagen Sie einmal, zu welchem Zeitpunkt sie ausgewiesen sind! – Zurufe von der CSU)

– Das kriegen wir alles hin. Alles ist gut. Ich spüre schon die Aufregung. Das wird morgen noch lustig. Ich freue mich darauf.

(Zurufe von der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Der Redner hat das Wort.

**Christian Zwanziger (GRÜNE):** Eines verstehe ich auch nicht. Ich komme vom Land und wohne jetzt in der Stadt. Sie betonen – morgen werden wir das auch noch beraten –, Sie wollen versöhnen, Sie wollen Landwirten eine Perspektive geben. Was ist denn der Flächenverbrauch? Wen bedroht er denn am meisten? – Die Landwirte! Tun Sie also auch etwas für die Landwirte, deckeln Sie den Flächenverbrauch, sorgen Sie für mehr Raum für die Natur, packen Sie es an! Mit den windelweichen Maßnahmen, die Sie beschließen wollen, kommen wir schwerlich dorthin.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Würden Flächenverbrauch und Bevölkerungsentwicklung eins zu eins korrelieren, dann wäre es eine andere Debatte. Ich zitiere jetzt aber das bayerische Umweltministerium, das sagt, "Gründe für die Entkoppelung von Flächenverbrauch und Bevölkerungsentwicklung [seien] die Ausweisung von Bauland in Gebieten mit Bevölkerungsrückgang" und "der zunehmende Bau von Gewerbe- und Verkehrsflächen." Nehmen Sie doch Ihr eigenes Haus ernst! Gehen Sie es doch an, schaffen Sie eine verbindliche Obergrenze, und sorgen Sie einfach für Regeln!

Herr Aiwanger, ich habe ein paar schöne Zitate von Ihnen gefunden. Sie stammen vom Aschermittwoch 2018. Ich kann Ihnen insoweit eigentlich nur zustimmen und würde mir wünschen, dass Sie sich in der Regierung ein bisschen mehr durchsetzen. Die Kollegen haben es schon gesagt: Der Regierungsfraktion ist die Richtgröße von fünf Hektar noch gar nicht bekannt.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Sie müssen auch sagen, welche Zitate!)

– Die kommen noch.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Sie müssen sich beeilen; die Redezeitanzeige ist schon gelb.

**Christian Zwanziger (GRÜNE):** Ja, ich sehe die Uhr schon.

Die Kollegen der Regierungsfractionen haben es bis jetzt vermieden, sich zu der Richtgröße zu bekennen. Herr Aiwanger, Sie haben am politischen Aschermittwoch 2018 gesagt: "Dorfkerne verfallen und draußen werden ständig neue Wohngebiete ausgewiesen." – Ich sage noch mal: § 13b BauGB. Bitte reden Sie mit dem Kollegen Dr. Reichhart.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Sie sagen weiter: "Wir sind nicht der Überzeugung, dass Deutschland erst dann ein starkes Land ist, wenn der letzte Quadratmeter Weizenboden zugebaut und unter einem Lidl-Parkplatz verschwunden ist."

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Guten Morgen!)

Herr Aiwanger, sorgen Sie doch bitte für eine verbindliche Obergrenze und stimmen Sie morgen unserem Gesetz zu.

(Zurufe des Staatsministers Hubert Aiwanger und des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Ihre Maßnahmen sind eine ganz gute Ergänzung. Dann machen wir weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Herr Abgeordneter Zwanziger, ich bedanke mich. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Eibl.

**Manfred Eibl (FREIE WÄHLER):** Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Verehrter Herr Kollege Zwanziger, wenn ich es so sagen darf: Wir sitzen im Zug und fahren bereits, während Sie noch immer in der Warteschlange stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Na ja, wir haben doch angefangen!)

Herr Hartmann, ich möchte Ihnen Folgendes an die Hand geben: Sie wollen prosperierende und sich entwickelnde Städte und ländliche Räume, die einem Museumsdorf für die Städter in der Region ähneln. Sie wollen das, weil Ihnen die ländlichen Räume und deren Entwicklung überhaupt nicht am Herzen liegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, Bayern wächst auch in ländlichen Regionen. Schauen wir auf die Jahre 2012 bis 2017 zurück: In diesen Jahren wuchs die Bevölkerung des ländlichen Raums um circa 230.000 Einwohner. Auch Regionen mit besonderem Handlungsbedarf haben ihre Bevölkerung nicht nur stabilisiert, sondern konnten einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen. Ich sage deutlich, dass der ländliche Raum einen großen Nachholbedarf bei der Infrastruktur hat. Lange waren die Möglichkeiten zu positiver Entwicklung und deren Voraussetzungen nicht gegeben. In den letzten Jahren schaffte man es, wirklich gute Akzente zu setzen und dadurch die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum zu sichern.

Unbestritten ist jedoch die Notwendigkeit, den Flächenverbrauch durch innovative Instrumente dauerhaft zu verringern. Im Einklang und weitestgehendem Konsens mit den Bürgern, den Kommunen und der Wirtschaft sage ich jedoch ausdrücklich Nein zu dem Begriff "Flächenfraß".

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Gleichzeitig sage ich Ja zu verantwortungsvoller Flächennutzung. Wir benötigen intelligente Lösungen, aber keine verbindlichen Festsetzungen. Flächen müssen effizient genutzt werden. Die Erfüllung der Bedürfnisse der in Bayern lebenden Menschen muss im Sinne nachhaltiger Entwicklung gewährleistet bleiben. Die FREIEN WÄHLER haben dazu einen Zehn-Punkte-Plan aufgestellt.

Hier noch eine Anmerkung in Richtung des Kollegen Muthmann: Wir haben wenigstens einen Zehn-Punkte-Plan aufgestellt. Wir haben Ansätze geliefert. Was ist bis dato von der FDP gekommen?

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und der CSU: Nichts!)

Nichts!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander Muthmann (FDP): Stimmt doch gar nicht!)

Unser Ansatz lautet: Ortskerne stärken, Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Wir haben in der Vergangenheit hierzu schon zahlreiche Maßnahmen eingeleitet. Herr Hartmann, wenn Sie über die Maßnahmen, Entwicklungen und Notwendigkeiten in den ländlichen Regionen nur ein bisschen Bescheid wüssten,

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Ich komme aus dem ländlichen Raum!)

würden Sie hier nicht solche Äußerungen von sich geben. Gehen Sie bitte mal raus, und schauen Sie, was draußen los ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Hans Herold (CSU): Der kennt nur die Stadt München! – Gegenruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Es ist unsere ganz klare Ausrichtung, den Flächenverbrauch im Straßenbau zu reduzieren. Wir wollen große Kreuzungspunkte entflechten und hier nach anderen Möglichkeiten suchen. Wir wollen steuerliche Anreize für die Ortsentwicklung setzen. Wir wollen die Lockerung des Anbindegebots evaluieren und entsprechende Gewerbeansiedlungen an Autobahnen eventuell auch rückgängig machen.

(Zuruf des Abgeordneten Cemal Bozoglu (GRÜNE))

Wir wollen die Reaktivierung von Bestandsimmobilien durch Anpassung an die Bedürfnisse und neue Wohnformen. Schauen Sie bitte mal in die ländlichen Regionen: Was in den letzten Jahren speziell an Geschosswohnungsbau verwirklicht wurde, sucht mittlerweile seinesgleichen. Wir sind schon auf einem sehr guten Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, unser Ziel ist und bleibt es, in allen Landesteilen Bayerns Entwicklungen im Rahmen der Daseinssicherung zu gewährleisten. Dabei ist es unsere oberste Prämisse, mit unserer vielfältigen und einzigartigen Flora und Fauna verantwortungsvoll umzugehen. Das war immer der Fall. Ich möchte jedoch noch einmal in aller Deutlichkeit darauf hinweisen, dass bei nachweislichem Bedarf auch weiterhin Entwicklungsmöglichkeit gewährleistet sein muss.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): )

– Herr Hartmann, auch Ihnen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege Eibl. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Norbert Dünkel für die CSU-Fraktion. Herr Kollege Dünkel, Sie haben das Wort.

**Norbert Dünkel (CSU):** Lieber Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ludwig Hartmann hat gerade über den Preis von Eigenheimen in München referiert.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Es gibt ein Leben außerhalb Münchens. Herr Hartmann: das ist genau Ihr Problem.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Wenn wir draußen in den Landkreisen große Anstrengungen unternehmen, um junge Leute in den Dörfern zu halten, sie zu motivieren, dazubleiben und gerade nicht in die Großstädte und Oberzentren zu ziehen;

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Dann muss man was gegen den Flächenfraß tun!)

wenn wir große Anstrengungen unternehmen, um auch draußen noch Lebensperspektiven für die Zukunft zu entwickeln, dann brauchen wir dafür Antworten, und zwar andere Antworten als die von den GRÜNEN. Sie bewerten die politischen Maßstäbe als Großstädter. Sie unterschlagen beim Thema Flächenentwicklung die Gesamtentwicklung, unterschlagen die Größe und Weite Bayerns mit seinen Dörfern, den Menschen draußen, seinen Landschaften und seiner Fläche. Herr Hartmann, Sie planen an den Menschen und an den Gemeinden vorbei.

Mit den Initiativen der GRÜNEN zum Thema Flächenverbrauch ist ein massiver Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und in das Eigentumsrecht der Bevölkerung geplant. Das wollen und das werden wir nicht mitmachen.

Bayern liegt im Ländervergleich beim Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche mit etwa 12 % im unteren Drittel. Wenn man Grün- und Freizeitflächen abzieht, sind es sogar nur 6 %. – Ich bin jetzt 29 Jahre im Stadtrat. Meine jahrzehntelange Erfahrung in Stadtrat und Kreisrat belegt, dass unsere Kommunen und die kommunalen Verantwortungsträger sehr sorgsam und verantwortungsvoll mit den Themen Flächenentwicklung und gemeindliche Entwicklung umgehen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Deshalb haben wir acht Hektar an ausgewiesenen Gewerbegebieten, die nicht gebraucht werden!)

Herr Hartmann, deshalb sage ich: Wir brauchen in der Landespolitik keine grüne Keule, sondern einen Modus, der den Belangen von Naturschutz, Umwelt, Baulandausweisung, Familien und der geordneten Entwicklung von Flächen für Handwerk, Landwirtschaft und Mittelstand gerecht wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Hauptursache für den Flächenverbrauch in Bayern – das ist natürlich auch belegt – ist nicht ungeordnete Flächenpolitik, sondern das Bevölkerungswachstum. Die bayerische Bevölkerung ist seit 1990 um zwei Millionen Menschen angestiegen. Hinzu kommt die Zuwanderung, die den grünen Initiatoren des Flächenfraß-Volksbegehrens gar nicht groß genug ausfallen kann.

Gleichwohl – das war auch Ihre Frage – wird die Regierungskoalition gemeinsame Maßnahmen ergreifen, um die Umwidmung von Flächen weiter zu reduzieren. Im Gegensatz zum Volksbegehren der GRÜNEN mit seiner strikten Grenze von fünf Hektar pro Tag werden wir in Kooperation mit dem Städtetag und dem Gemeindetag – es ist uns wichtig, die Verbände in so entscheidenden Fragen einzubinden – Initiativen organisieren und Anreize für die Kommunen setzen, um deren Eigenverantwortung weiter zu mobilisieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, ich traue es bayerischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und deren Gemeinderäten zu, dies aufzugreifen und umzusetzen. Ich traue es ihnen zu, dass sie das schaffen und dass sie dafür keine grüne Restriktionspolitik benötigen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen keine Gängelung der bayerischen Gemeinden durch einen Großstadt-Grünen. Wir werden darauf achten, dass die Gemeinden ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten für Wohnungsbau und Arbeitsplätze haben. Mit zwanzig Einzelmaßnahmen greift das Konzept der Regierungsparteien für Bayern in einem Aktionsprogramm, mit dem der Flächenverbrauch geordnet begrenzt werden soll. Wir als CSU-Fraktion wollen, dass mit den Flächen in Bayern möglichst schonend umgegangen wird. Das ist uns bereits in den sechzig Jahren unserer Regierungsverantwortung in Bayern eindrucksvoll gelungen. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

Wir dürfen aber unserem Land nicht die Möglichkeit nehmen, sich angemessen weiterzuentwickeln. Die GRÜNEN sind und bleiben eine Verbotspartei. Unsere Unterstützung erhalten sie dafür nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Abgeordneter Dünkel. – Als Nächste hat Frau Abgeordnete Rosi Steinberger vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Rosi Steinberger (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja schön, dass sich das Kabinett heute zumindest auf das Fünf-Hektar-Ziel als Richtgröße geeinigt hat. Bei manchen Reden von Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER habe ich aber den Eindruck, dass Sie das noch nicht mitbekommen haben. Sie tun so, als wäre alles gut und als gäbe es keinen Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Zuhören!)

In der letzten Legislaturperiode hat unser Kollege Erwin Huber, der heute schon einmal erwähnt wurde, immer von seiner niederbayerischen Heimat Niederbayern gesprochen. Erwin Huber ist nicht mehr im Landtag. Deshalb möchte ich heute von meiner niederbayerischen Heimat Niederbayern sprechen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Aiwanger macht das nachher auch!)

Herr Kollege Eibl, dabei spreche ich explizit über den ländlichen Raum, den ich gut kenne. Ich könnte Ihnen von der A 92 erzählen. Entlang dieser Autobahn reiht sich inzwischen eine Logistikhalle an die andere. Natürlich sieht man das auch von der Bahn aus, aber ich denke, die Windschutzscheibenperspektive ist doch eher die Ihre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Übrigens, diese Hallen stehen auf bestem Ackerboden; das nur an die Landwirte gerichtet.

Ich könnte Ihnen auch vom Gewerbegebiet Rathsmannsdorf im Landkreis Passau berichten, wo eine ganze Bergkuppe mit diversen Biotopen auf 25 Hektar kahlgeschlagen wurde, weil angeblich der Bedarf so groß war. Jetzt, nach fünf Jahren, steht immer noch die Hälfte der Gebäude leer, aber die Gemeinde plant schon das neue Gewerbegebiet, das noch näher an der Autobahn liegt. Anscheinend ist genug Fläche da. So viel zu Ihrer Aussage, die Gemeinden wüssten schon, was sie tun, und gingen mit ihren Ressourcen verantwortungsvoll um. Das tun sie leider oft nicht.

(Manfred Ländner (CSU): Wie viele?)

Ich könnte auch von Wallersdorf und vielen anderen Beispielen erzählen, wo sich Gewerbegebiete und Logistikzentren immer weiter in die Landschaft fressen. Nun soll schon wieder ein neues Gebiet ausgewiesen werden, weil sich der Lebensmitteldiscounter vergrößern und an den Ortsrand ausweichen will. Das sind die Tatsachen. Niederbayern ist übrigens Spitzenreiter beim Flächenfraß. Was passiert dort? – Es entsteht Widerstand. Immer mehr Menschen verstehen, dass ihre Heimat verloren geht. Es geht zum Beispiel darum, dass sich die Ansichten ändern und es bald überall gleich aussieht. Das wollen die Leute nicht. Ja, es geht auch um Wohlstand. Aber Wohlstand ist nicht mit Wohlbefinden gleichzusetzen. Das merken die Menschen im Land zunehmend. Deshalb bilden sich in allen diesen Orten und in vielen anderen Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen, die sich gegen den ungezügelten Flächenfraß wehren. Diese Leute unterstützen wir gern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht auch darum, dass Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten verloren gehen. Ich habe schon das Beispiel Rathsmannsdorf erwähnt. Dort wurde überhaupt keine Rücksicht auf die vorhandenen Biotope genommen. Und wofür? – Für eine kahle Fläche, die keiner bebauen will. Das kann doch nicht sein.

Flächenverbrauch bedeutet oft Landschaftszerschneidung. Lebensräume gehen verloren oder werden so vereinzelt, dass es keinen Austausch der Individuen mehr gibt. Auch das führt zu einem schleichenden Verlust der Arten. Das wollen wir doch alle zusammen bekämpfen.

Es geht auch schon lange nicht mehr um mehr Einnahmen für die Kommune. Viele Gewerbegebiete rentieren sich für die Kommunen gar nicht. Oft liegt keine nachhaltige und gut überlegte Planung vor. Oft geht es darum, dass in der Nachbargemeinde auch ein Gewerbegebiet entstanden ist und der Gemeinderat nicht hintanstehen will. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen hat der Gesetzgeber die Pflicht, hier steuernd einzugreifen. Freiwillig passiert hier leider viel zu wenig. Das wissen Sie auch ganz genau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie trauen sich aber nicht, die Weichen richtig zu stellen. Richtig wäre es nämlich, zum Beispiel den § 13b wieder zu streichen. Aber genau das haben Sie vor Kurzem abgelehnt. Wir haben einen Vorschlag vorgelegt. Es wäre schön, wenn Sie diesem Vorschlag folgen würden. Darüber werden wir morgen sicher noch länger reden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Abgeordnete. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Flächensparen, das ist wichtig. Deshalb hat sich diese Regierung dieses Themas sehr zeitnah und schnell angenommen. Wir setzen aber auf Selbstverantwortung und Freiwilligkeit und nicht auf grüne Verbotspolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wie kurzsichtig dieses Fünf-Hektar-Diktat der GRÜNEN ist, soll ein Blick in die Statistik zeigen. Woher kommen diese fünf Hektar? – Die fünf Hektar sind ein Sechstel der 30 Hektar, die der Bund als Zielvorgabe ausgegeben hat. Aber, wo hat denn in den letzten zehn Jahren das Bevölkerungswachstum stattgefunden?

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Sagen Sie einmal, was Sie wollen!)

Ausschließlich in Bayern. Lieber Herr Kollege Hartmann, die Erreichung des Fünf-Hektar-Zieles ist auf die Schnelle nicht zu schaffen; denn Bayern hat die größten Bevölkerungsmehrungen und den meisten Zuzug. In den letzten zehn Jahren musste Bayern den Wohnungsbau fast allein schultern. Wir sind davon überzeugt, dass sich das in der Zukunft ändern wird. Wir können aber nicht in die Zukunft schauen. Sicher wird es Jahre geben, in denen wir mehr Fläche verbrauchen, und es wird Jahre geben, in denen wir weniger Fläche verbrauchen.

Stellen Sie sich einmal vor, es gibt zehn Jahre in Bayern keinen Bevölkerungszuwachs, ob wir uns das wünschen oder nicht. Dann wird der Flächenverbrauch sicherlich deutlich unter fünf Hektar liegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FREIEN WÄHLER vertreten, seit sie im Landtag sind, als oberste Prämisse das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu schaffen. Bei den GRÜNEN ist das ein Lippenbekenntnis. Die GRÜNEN sind eine Metropolenpartei. Natürlich ist das Fünf-Hektar-Ziel in der Metropole zu erreichen, wenn es dem ländlichen Raum verboten wird zu wachsen. Wollen Sie aber tatsächlich Plattenbausiedlungen wie in Erfurt, Rigaer Straße? – Ich kann mich noch gut daran erinnern. Ich war 1993 in Thüringen, da habe ich 15-stöckige Bauten gesehen: Grauslich. Alles war zubetoniert, aber auf einer geringen Fläche. So können Sie das Fünf-Hektar-Ziel mit sehr viel Beton in den Metropolen leicht erreichen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wie wollen Sie es denn schaffen?)

Frau Kollegin Steinberger, Sie haben Niederbayern angesprochen. Ich frage Sie: Wollen Sie zurück in die Siebzigerjahre, als am Sonntagabend Tausende Menschen über die B 12 von der Region Passau nach München gependelt und am Freitagabend wieder in ihre Heimat zurückgefahren sind?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Frau Kollegin Steinberger, hier sitzt ein niederbayerischer Wirtschaftsminister. Es ist das erste Mal, dass Niederbayern in der Statistik die niedrigste Arbeitslosigkeit aller Regionen in Bayern aufweist. Das ist ein Erfolg, und Sie wollen wieder zurück in alte Zeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben Konzepte, um den Flächenverbrauch qualitativ zu senken.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben dazu ein Zehn-Punkte-Programm vorgelegt. Dieses Programm beinhaltet die Doppelnutzung von Flächen in den Städten. Natürlich kann in Städten auch in die Höhe gebaut werden. Ich sehe aber nicht die Möglichkeit, in einer 2.000-Einwohner-Gemeinde ein achtstöckiges Hochhaus zu bauen. Dort muss eine Einzelhausbebauung möglich sein. Ich frage Sie: Was wollen Sie denn? Wollen Sie behaupten, derjenige mit einem frei stehenden Haus und Garten, der hat halt, und die anderen haben Pech gehabt? – Nein, das ist nicht unsere Politik. Wir gehen verantwortungsvoll mit der Fläche um. Wir wollen keine Flächenverschwendung. Deshalb muss man bei der Genehmigung neuer Gewerbegebiete genau hinschauen. Vielleicht muss man etwas stärker als bisher prüfen. Man muss prüfen, inwieweit ein neues Gewerbegebiet wirklich erforderlich ist. Natürlich muss über Doppelnutzungen nachgedacht werden. Die Fläche muss neu definiert werden. Die versiegelte Fläche muss maßgeblich sein. Mit Ihrer Definition von Fläche kommen wir nämlich dahin, dass Bayern bald so aussieht wie die Rigaer Straße in Erfurt.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Das wollen wir nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Abgeordneter Pohl. – Als Nächster hat der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda das Wort.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, Kollegen, verehrte Gäste auf der Tribüne! Das heutige Thema "Heimat bewahren – Fläche sparen" ist ganz toll und hätte uns alle verbinden können. Die Diskussion hat gezeigt, dass wir zwar gut diskutieren können, aber uns nicht darauf einigen können, was wir darunter verstehen. Offensichtlich klappt es nur dort, wo keiner hin will und wo es keinen Bedarf gibt. Überall dort, wo es Wohnbedarf gibt, die Bevölkerung versorgt werden muss und infrastrukturelle Notwendigkeiten wie Verkehrswege erforderlich sind, da klappt es nicht. Da muss die Fläche erhalten. Herr Kirchner hat uns das Hohelied der Notwendigkeiten gesungen. Mir ist aufgefallen, dass wir überhaupt nicht über die Heimat und diejenigen, die dort wohnen, gesprochen haben, sondern nur über jene, die morgen, übermorgen oder irgendwann dorthin ziehen werden. Alleine im Raum München sollen 500.000 Menschen, also eine Stadt von der Größe Nürnbergs, hinzukommen. Na, Prost Mahlzeit. Wo wollen Sie in München noch bauen? – Sie müssen irgendwo außen herum bauen. Wir haben das Problem heute nicht gelöst, sondern nur darüber diskutiert. Wir haben auch nicht den Kern der Sache herausgearbeitet. Die GRÜNEN sind hier ein bisschen weiter. Ich möchte aber dazu sagen, dass ich kein Freund der GRÜNEN bin.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir benötigen einen aktualisierten Landesentwicklungsplan. Idealerweise muss da integriert sein, was die Fünf-Hektar-Tageslösung erforderlich macht. Dies muss auch unter dem Gesichtspunkt der Bedürfnisse der Gemeinden erfolgen. Wie wollen Sie das Ziel überhaupt erreichen, wenn Sie es nicht systemisch durchdenken, beschreiben oder eine Lösung dafür finden können? – Es wird so bleiben wie bisher. Man wird im Nebel herumstochern. Möglicherweise wird der politische Proporz beachtet, und Einzelne werden in ihren Bedürfnissen befriedigt werden. Aber eine grundsätzliche Lösung dafür, wie wir unsere schönen 70.000 Quadratkilometer Bayernland gut weiterentwickeln können, haben wir nicht gefunden.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Ja, wenn das so ist, dann höre ich jetzt auf.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Super, wunderbar. Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Danke fürs Zuhören.

(Allgemeine Heiterkeit)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Als nächster Redner hat der Staatsminister Hubert Aiwanger als Vertreter der Staatsregierung das Wort.

**Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):** Sehr geehrte Damen und Herren des Präsidiums, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über ein sehr wichtiges Thema, nämlich darüber, wie es mit unserem Bayernland weitergehen soll, wie das Angesicht dieses Landes aussehen soll und welche Freiheitsgrade der Bürger Bayerns in Zukunft noch haben soll.

Bayern hat in den letzten fünf Jahren einen Bevölkerungszuwachs von einer halben Million Menschen unterbringen müssen. Die Bevölkerungszahl ist von 12,5 auf 13 Millionen Bürger gestiegen. Ein Teil davon waren Flüchtlinge, die im Zuge der Flüchtlingskrise nach Bayern gekommen sind. Ein Teil ist aus Gegenden innerhalb Deutschlands zugewandert und ein weiterer Teil aus der EU. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine halbe Million Menschen bringt man nicht einfach so nebenbei unter, sondern die brauchen ein Dach über dem Kopf, einen Parkplatz, einen Supermarkt, eine Schule, einen Kindergarten, ein Krankenhaus und einen Fußballplatz.

Bayerns Wirtschaft hat noch stärker zugelegt: Wir haben noch 600.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr als vor fünf Jahren. Das ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte, die kein anderes Bundesland vorzuweisen hat. Dort sind die Dörfer leerer geworden. Dort ist die Wirtschaft zurückgegangen. Einige dieser Menschen sind zu uns gekommen.

Natürlich erkennen wir, dass diese gut 10 Hektar Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Tag auf Dauer zu viel sind. Wir werden Maßnahmen ergreifen, um diese Zahl zu reduzieren. Unser Ziel ist es, den Flächenbedarf bis 2030 auf die Hälfte von 10 Hektar zu reduzieren. 10 Hektar sind die gesamte Siedlungs- und Verkehrsfläche. Exakt die Hälfte davon, also 5 Hektar, werden derzeit zubetoniert. Die anderen 5 Hektar dieser verbrauchten Fläche sind Freiflächen, Flächen für Photovoltaikanlagen, Sportplätze, Grünanlagen, Parks, Hausgärten usw. Wir haben eigentlich bereits jetzt 5 Hektar versiegelt. Es gibt aber noch weitere 5 Hektar. Für die haben wir gekämpft, und bei denen sind wir uns einig, dass wir Erholungsflächen, Freiflächen und Flächen für Photovoltaikanlagen brauchen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Bayerische Staatsregierung hat mit dem heutigen Kabinettsbeschluss und der folgenden Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes folgende Maßnahmen auf den Weg gebracht: Wir werden das gelockerte Anbindegebot wiederherstellen. Wir werden also keine Gewerbebauten im Grünen mehr zulassen, wenn eine Anbindung möglich ist. Das muss vorher geprüft werden, und das wird eingefordert. Wir wollen Gewerbe wieder angebunden und nicht draußen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Durch diese Maßnahme wird nicht so viel Fläche eingespart, da das Gewerbe dann drinnen statt draußen angesiedelt wird. Es geht aber darum, dass das Auge des Betrachters massiv gestört wird, wenn plötzlich in bisher unberührter Landschaft ein Gewerbegebiet entsteht. Es geht also nicht nur um die Anzahl der Hektare nach einer nüchternen Betrachtungsweise, sondern auch darum, wie das Ganze auf die Bürger wirkt. Diese Botschaft können Sie mitnehmen.

Wir wollen auch zusammen mit den Kommunen deutlich mehr Innenentwicklung statt Außenentwicklung. Das Leerstandsmanagement, das derzeit von lediglich 10 % der bayerischen Kommunen gemacht wird, wollen wir künftig für alle bayerischen Kommunen übernehmen. Wir wollen draußen den Vitalitätscheck machen. Wir wollen, dass die Gemeinderäte, Bürgermeister und Stadträte diskutieren. Sie sollen sich folgende Fragen stellen: Was haben wir für ein Innenentwicklungspotenzial? Müssen wir draußen überhaupt bauen? – Wir wollen den Bedarf nachgewiesen haben. Auch wenn man sich im kommunalen Gremium dafür entscheidet, draußen zu bauen, muss trotzdem noch einmal geschaut werden, ob der Bedarf wirklich vorliegt. Wir sind hier auf einer Kompromisslinie mit den kommunalen Spitzenverbänden, um diesen Bedarf vernünftig nachzuweisen. Auch im Bereich des Verkehrs werden wir genauer schauen, ob die eine oder andere Umgehungsstraße wirklich notwendig ist.

Wir wollen – hier geht es um die Bundespolitik – bisherige landwirtschaftliche Gebäude im Innenbereich steuerlich begünstigen, damit diese leichter umgewidmet werden können. Somit könnten auf einer alten Hofanlage fünf Mietwohnungen entstehen. Derzeit muss dieses Vorhaben derart hoch versteuert werden, dass es nicht durchgeführt wird. Wenn man das Geld dafür aus dem Betriebsvermögen entnehmen muss, wird das Vorhaben nicht umgesetzt. Dies sind konkrete Schritte, um zum Ziel zu gelangen. Ich sage Ihnen voraus, dass wir vorwärtskommen werden.

Ich sage Ihnen aber auch, woher wir kommen. Um die Jahrtausendwende herum und kurz davor war der Flächenverbrauch in Bayern schon einmal doppelt so hoch wie heute. Wir waren schon einmal bei 25 bis 30 Hektar pro Tag und sind jetzt bei knapp über 10 Hektar. Natürlich hängt das auch davon ab, wie es mit der Wirtschaft weitergeht. Sollte wirklich eine wirtschaftliche Rezession kommen, dann wird sich die Situation ändern. Vielleicht kommen wir wieder in die Phase, in der wir den Gewerbetreibenden die Baugrundstücke mit der Bitte hinterhertragen müssen, Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen. Es kann auch sein, dass eine ähnliche Flüchtlingswelle wie in den Jahren 2013, 2014 und 2015 auf uns zukommen wird und wir Hunderttausende Menschen unterbringen müssen.

Erlauben Sie mir einen kurzen Querverweis: Sie haben den § 13b des Baugesetzbuchs als Flächenfresser tituliert, der bis zu einer Größe von einem Hektar erleichtertes Bauen im Außenbereich zulässt. Bis zu einer Fläche von einem Hektar wird ähnlich bewertet, wie wenn der Bau im Innenbereich wäre. Es handelt sich dann auch um ein beschleunigtes Verfahren. Warum? – Nicht aus Boshaftigkeit der Bürgermeister! Wir müssen vielmehr den Bürgermeistern heute noch die Füße dafür küssen, dass sie auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise dazu beigetragen haben, schnell neuen Wohnraum zu schaffen. Natürlich waren in diesen Wohnungen nicht nur Flüchtlinge, aber es war ein Verdrängungswettbewerb. Flüchtlinge haben drinnen Unterkunft gefunden, die Wohnungsknappheit hat sich verstärkt. Der Bund hat gesagt: Bürgermeister und Länder, bitte macht mal schnell, damit wir mehr Wohnungen bekommen. Damals hat man nichts gehört. Nachdem jetzt die Krise vorbei ist, schreien Sie wieder "Flächenfresser" und wollen den Wohnungsbau abwürgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deshalb stelle ich die Frage an Sie: Stellen Sie, die GRÜNEN, sich bei der nächsten Flüchtlingswelle vorne hin und sagen, das Boot ist voll, wir nehmen niemand

mehr auf, weil wir sonst mehr Fläche verbrauchen? – Nein, Sie werden es nicht tun, Sie werden nachher wieder die Bürgermeister schimpfen, weil sie so viele Wohnungen gebaut haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jetzt zu Ihren Flächenzertifikaten, liebe GRÜNE. Sie regieren mittlerweile in einer ganzen Reihe von Bundesländern mit. In keinem einzigen Bundesland haben Sie Flächenzertifikate oder eine Zuweisung von Quadratmetern pro Kommune. Nirgendwo, wo Sie selber dabei sind, haben Sie das.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

In Bayern wollen Sie uns aber wieder einmal unter der Überschrift "Betonflut stoppen" die Hütte anzünden. Bei den Bienen ist es Ihnen gelungen; da sind Ihnen die Leute auf den Leim gegangen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Ändern Sie Ihre Politik, dann brauchen wir kein Volksbegehren!)

Viele haben unterschrieben und erst im Nachhinein gemerkt, was sie unterschrieben haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jetzt haben Sie es ein zweites Mal versucht. Gott sei Dank hat das Verfassungsgericht das Volksbegehren gekippt. Gott sei Dank ist der Bürger jetzt aufgeklärt, so dass er weiß, dass diese zehn Hektar nicht nur für den bösen Supermarkt auf der grünen Wiese gedacht sind, sondern dass die von uns gemeinsam gewünschten Freiflächen, die Photovoltaik usw. auch dabei sind. Noch einmal: In keinem Land, in dem Sie mitregieren, haben Sie das System, mit dem Sie uns beglücken wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn Sie dann eine Formel dafür finden wollen, wie viele Quadratmeter pro Einwohner der Bürgermeister noch verbrauchen darf, werden Sie diese niemals treffsicher finden, weil es Entwicklungen gibt, die nicht vorhersehbar sind. Sie haben einmal einen großen Ansiedler, der Ihr Sonderkontingent bekommt. Dann sagen Sie, in der Großstadt soll ein bisschen weniger verbraucht werden als auf dem Land.

Ich sage Ihnen eines: In Niederbayern hatten wir in den letzten drei Jahren folgende Entwicklung: 1,1 Hektar waren es 2015, 1,6 Hektar 2016, 2,6 Hektar 2017. Allein in Niederbayern haben wir die Hälfte des Flächenkontingents verbraucht, das wir für ganz Bayern vorgesehen haben. Warum? – Schauen Sie, was im Umkreis von Landshut und darüber hinaus geschieht. Baugebiete werden ausgewiesen, damit Menschen aus München, die dort keine Wohnung mehr finden, die aber eine Familie gründen wollen, sich ansiedeln können. Die siedeln sich in Niederbayern an, aber nicht nur in Niederbayern, sondern auch in anderen Regierungsbezirken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie sagen, als Single können sie in München auf 30 Quadratmetern wohnen. Sie wollen aber heiraten und eine Familie gründen. Wir heißen Freistaat Bayern und nicht Zwangsstaat Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dass junge Menschen keine Flächenzertifikate mehr bekommen, um ein Haus bauen und eine Familie gründen zu können, wäre die logische Folge, wenn der

Bürgermeister sagt, das braucht zu viel Fläche, ich kann das nicht mehr genehmigen. Dann werden wir sagen: Lieber Münchner, bleibe bitte in München und versuche, mit den GRÜNEN in München eine Lösung zu finden,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

versuche dort, Wohnraum zu finden, um eine Familie gründen zu können. Ist Ihnen dabei nicht etwas aufgefallen? – Ihre Vorschläge aus München zielen nur auf den ländlichen Raum. Was sollen wir alles nicht tun? – Niederbayern braucht keine Autobahnen, Niederbayern braucht keine Gewerbegebiete, Niederbayern soll keine Wohnungen mehr ausweisen. Was ist denn mit den Münchnern? – Sie haben kein Wort zur Nachverdichtung oder zum Höherbauen verloren, weil Sie genau wissen, dass Ihre Klientel in München keine Nachverdichtung will. Ihre Klientel zieht raus und baut bei uns draußen ihr Haus, damit Sie uns dann die Steine hinterherwerfen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Genau das müssen wir in dieser Deutlichkeit sagen. Sie, die Großstadtpartei, sagen, was das Land zu tun hat und was das Land nicht mehr zu tun hat. Auf der anderen Seite bekommen wir keinen einzigen Vorschlag, der lautet: In München muss einmal hinterfragt werden, wie viele Menschen hier eine Opernwohnung haben, die leer steht. Warum wird nicht jemand animiert, dort einzuziehen? Warum bauen Sie nicht dichter? – Das wollen Sie nicht hören.

Meine klare Botschaft: Bevor Sie Stadt und Land aufeinanderhetzen, bevor Sie vor allem aus städtischer Sicht das Land ständig – ich wiederhole den Ausdruck – kolonialisieren wollen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

bevor Sie uns außerhalb Münchens und im Bayerischen Wald sagen wollen, was wir zu tun und was wir nicht zu tun haben, präsentieren wir einen ganz klaren Gegenentwurf zu Ihrer Zwangswirtschaft. Die Zwangswirtschaft, mit der Sie Quadratmeterzertifikate vergeben, erinnert an die Zwangsbewirtschaftung in Kriegsjahren. Damals hat man soundso viele Zuckermarken und soundso viele Schuhmarken bekommen. Jetzt soll der Bürgermeister aus dem Bayerischen Wald bei Ihnen in München ein Vorgespräch halten und fragen, wie viele Quadratmeter er bekommt und ob er noch ein paar Prozente für einen Härtefall obendrauf bekommt. Das wollen wir nicht. Dieses Signal wäre verheerend für die Wirtschaft. Die Wirtschaft würde sagen, in diesem Land brauche ich nicht mehr zu investieren; wenn die schon wieder mit einem Volksbegehren drohen, dann siedle ich mich in Tschechien oder in Österreich an. Junge Leute werden sagen: Wir wandern aus; von diesem Regime wollen wir uns nicht regieren lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zeigen Sie erst einmal in den Ländern, in denen Sie mitregieren, wie dieses System mit den Zertifikaten funktioniert. Wenn es funktioniert, dann reden wir wieder.

Schauen Sie ernsthaft, wie wir in Bayern vorgehen können. Wir tun das. Wir haben das Ziel vor Augen. Wir nehmen aber die Bürger mit. Wir nehmen die Wirtschaft mit. Wir haben sehr wohl ein Empfinden für unsere Heimat. Ich sage, wir haben mehr Empfinden als Sie, weil wir uns tagtäglich draußen diese Entwicklung anschauen. Deshalb ist es richtig, dass wir Flächen sparen, dass wir das aber mit Vernunft tun und nicht mit einer grünen Verbotspolitik. Wir betreiben eine freistaatliche Politik, die ihrem Namen alle Ehre macht. Wir wollen Heimat bewahren, Flächen sinnvoll nutzen und Flächen nicht ohne Not zubauen. Das ist unser Ziel. Das

wollen wir erreichen, und wir hoffen, dass die bayerische Bevölkerung Ihnen diesmal nicht mehr auf den Leim geht und nicht noch einmal ein Volksbegehren unterschreibt, nach dem wir am Ende wieder die Scherben zusammenkehren müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Da Herr Minister Aiwanger als Mitglied der Staatsregierung länger als zehn Minuten, nämlich vier Minuten länger, geredet hat, erhält nun jede Fraktion auf Antrag das Rederecht für fünf Minuten. – Ich erteile dem Abgeordneten Ludwig Hartmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Aiwanger, Sie haben mir jetzt die Gelegenheit gegeben, noch einmal Stellung zu nehmen. Dafür sage ich erst einmal Danke. Langsam wird das gängige Praxis, wenn Sie hier auftreten.

Ich will es aber einmal ganz deutlich sagen: Ich glaube, Sie haben nicht verstanden, was Ihre Aufgabe ist. – Herr Minister Aiwanger, ich habe Ihrer Rede auch gelauscht, ich wäre ganz dankbar, wenn Sie jetzt zuhören und keine Einzelgespräche führen würden. Ich glaube, Sie haben Ihre Aufgabe als Landespolitiker, der die Landesplanung zu verantworten hat, nicht richtig verstanden. Es geht um Landesplanung.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wir haben es besser verstanden als Sie!)

Hier geht es darum, die verschiedenen Interessen von Stadt und Land gegeneinander abzuwägen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ihr spielt doch Stadt und Land gegeneinander aus!)

Vor ein paar Monaten waren wir uns alle noch einig, dass der Flächenverbrauch nach unten gehen muss. Darin waren wir uns alle einig. Das steht auch in der Koalitionsvereinbarung. Heute hört es sich hier so an, als ob Sie dieses Ziel schon längst aufgegeben haben, weil Sie nicht bereit sind, lenkend einzugreifen, wenn eine Entwicklung aus den Fugen geraten ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte es noch einmal deutlich machen, denn das ist ein ganz entscheidender Punkt. Es ist ganz richtig: Wenn Kinder geboren werden, wenn Menschen zuziehen, wenn eine Familie wächst, braucht man auch etwas mehr Fläche. Das ist unstrittig. Es kann aber doch nicht sein, dass der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen seit der Jahrtausendwende um 15,4 % gestiegen ist, während die Bevölkerung nur um 6,3 % gewachsen ist. Da ist doch etwas aus den Fugen geraten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Die ist nicht gewachsen, sondern die ist gefallen! Es gibt weniger Verbrauch seitdem! – Staatsminister Hubert Aiwanger: Die ist gesunken!)

Wir haben die Berichte. Ich nehme gerne die Berichte der staatlichen Behörde als Grundlage. Ich gehe davon aus, dass die Beamtinnen und Beamten eine tolle Arbeit leisten. Das Landesamt für Umwelt hat im vorletzten Jahr einen Versiegelungsbericht veröffentlicht, also mitgeteilt, wie viel Fläche pro Kopf wirklich betoniert ist. Im Jahre 2000 waren es 277 Quadratmeter – immer pro Kopf gerechnet –, im Jahre 2015 330 Quadratmeter. Pro Kopf steigt die Fläche, die wirklich betoniert und asphaltiert ist. Da zeigt sich doch, dass die Entwicklung falsch läuft. Da muss

doch ein Staat lenkend eingreifen und Landesplanung so betreiben, dass die Fläche für unsere Landwirte erhalten bleibt. Wir haben jetzt drei Plenarsitzungen hintereinander. Danach haben wir eine umfangreiche Tagesordnung abgearbeitet. Im gleichen Zeitraum wird die Fläche, die gleichbedeutend mit der Existenzgrundlage eines Bauernhofs ist, unter Beton und Asphalt verschwunden sein. Das ist die aktuelle Landespolitik in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben in den letzten 20 Jahren die Fläche von 8.200 landwirtschaftlichen Betrieben verloren.

Zum Thema Artenschutz werden wir morgen mehr diskutieren. Da waren wir uns alle einig: Wir brauchen neben einer anderen Agrarpolitik Schutzflächen, also mehr Flächen für die Artenvielfalt. Wir erwarten von den Landwirten zu Recht mehr Artenschutz. Da müssen wir doch in der Landesplanung dafür sorgen, dass die Flächenkonkurrenz nicht weiter angeheizt wird, indem ständig große Gewerbegebiete ausgewiesen werden. Das macht doch keinen Sinn! Da brauchen wir, wie vorher gesagt, die Politik, die denkt, bevor der Bagger kommt. Die kann man umsetzen. Wenn man Mut, Ideen und Kreativität zeigt, werden unsere Planer das hinbekommen. Sie müssen faktisch den Ist-Zustand bis zum Jahre 2026 – so sieht es unser Gesetzentwurf vor – auf fünf Hektar pro Tag runterbringen. Da ist genug Platz für die notwendige Entwicklung. Man muss etwas sparsamer und kompakter bauen. Das kann man umsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vorhin sind immer die Ländervergleiche gemacht worden. Fakt ist, dass Bayern mit im Durchschnitt 11,4 Hektar seit 2013 bis 2016 bundesweit ganz deutlich Spitzenreiter beim Flächenverbrauch ist.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Weil die Wirtschaft glänzt!)

Ich habe es vorher gesagt: Die Einwohnerzahl wächst deutlich langsamer als der Flächenverbrauch.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Wirtschaft!)

Das müssen wir wieder hinbekommen. Die vielen Arbeitsplätze, die in den neuen Dienstleistungssektoren entstehen, auch bei innovativen Firmen, entstehen meistens nicht bei den Firmen, die möglichst viel Fläche brauchen. Das ist auch Fakt. Da muss man ganz ehrlich bleiben.

Ich möchte zum Schluss noch einen Punkt sagen, der mich ziemlich erstaunt. Mir kommt es so vor, als ob das Konzept für den ländlichen Raum bei den Fraktionen der Söder-Regierung "Bauen, Betonieren, Asphaltieren" wäre.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das ist doch absolut unredlich! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir haben bessere Programme als ihr! Bei euch ist nur Verbieten und Verbieten!)

Ich kann Ihnen ganz ehrlich sagen: Den ländlichen Raum stärken wir durch gute, lebhaftere Ortskerne und eine gute Innenentwicklung, nicht nur durch Entwicklung im Außenbereich. Es ist doch absurd, jetzt mit Förderprogrammen im Innenort gegenzusteuern – was ja richtig ist –, wenn man die Entwicklung im Außenbereich nicht endlich trockenlegt.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Was ist mit München?)

Da muss man doch den Mut haben, dem Innenbereich der Ortschaften den Vorrang zu geben, nicht dem Außenbereich.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: München!)

– Einen Satz noch zu München. Herr Aiwanger, Sie wissen genauso gut wie ich: Wenn wir in München neuen Wohnraum schaffen, schaffen wir Geschosswohnungsbau mit 2,5 Hektar.

(Tobias Reiß (CSU): Wo? – Sandro Kirchner (CSU): Im Englischen Garten?)

Wir könnten im Geschosswohnungsbau, wenn wir so dicht bauen wie in München, rechnerisch 120.000 Wohneinheiten schaffen. Wie viel hat Bayern im letzten Jahr geschafft? – 70.000 Wohneinheiten.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das zeigt: Es geht beides unter einen Hut. Man muss nur endlich mal konkret handeln, statt am Sonntag vom Flächensparen reden und am Montag wieder zu betonieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat die Abgeordnete Annette Karl von der SPD-Fraktion.

**Annette Karl (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Aiwanger, die Landtagspräsidentin Frau Aigner hat vorhin zu Recht darauf hingewiesen, dass wir uns bei unserer Wortwahl dessen bewusst sein sollten, dass wir Vorbild sind.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Ja, ja!)

Ich finde es absolut despektierlich, Regierungen, an denen die GRÜNEN beteiligt sind, als "Regime" zu bezeichnen, und bitte eindringlich darum, dass wir hier zu einem vernünftigen Tonfall zurückkehren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt machen wir mal einen kleinen Crashkurs zum Thema Landesplanung. Wozu ist Landesplanung gut? – Landesplanung ist dafür da, Flächenkonkurrenzen zu regeln. Was heißt "Flächenkonkurrenzen"? – Das heißt, dass ich, wenn ich eine Wiese habe, darauf ein Einfamilienhaus bauen kann, eine Gewerbefläche ausweisen kann oder sie landwirtschaftliche Fläche sein lassen kann. Dann kann ich da Rüben anpflanzen, oder ich kann eine Maismonokultur drüberziehen, was auch immer. Die Landesplanung sorgt dafür, dass ich diese Fläche, weil ich eine Fläche nur einmal hernehmen kann, so nutze und benutze, dass sie den Zielen von sozialer Entwicklung in Bayern, ökonomischer Entwicklung in Bayern und ökologischer Entwicklung in Bayern genügt. Ich betone: allen drei Zielen. Hier gilt es, eine Abwägung vorzunehmen. Das macht die Sache nicht ganz so einfach, wie es die geneigten GRÜNEN auf der einen Seite oder die geneigten FREIEN WÄHLER auf der anderen Seite manchmal behaupten.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrter Herr Staatsminister, deshalb sage ich in aller Deutlichkeit: Es geht hier nicht darum, populistisch Dinge in den Raum zu werfen, sondern es geht um konkrete Zeitpläne,

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Die habe ich aufgezeigt!)

es geht um konkretes Handeln. Deshalb frage ich:

Erstens. Wann wird der Prozess gestartet, das LEP wieder aufzumachen? Das letzte Mal haben wir für eine simple Teilfortschreibung eine komplette Legislaturperiode gebraucht. Heißt das, Sie wollen zulassen, dass sich das Thema bis zum Ende der Legislaturperiode, bis zum Jahr 2023, hinzieht, oder kommen wir vielleicht doch eher zu Ergebnissen?

Zweitens. Wann kommen die Gesetzentwürfe zum Thema "Verbessertes Vorkaufrecht für die Gemeinden"? Wann kommen die Initiativen auf Bundesebene zur Änderung der Baugesetzgebung? – All das kündigen Sie an. Wir fordern, dass es auch geschieht und hier nicht nur ein großes "Ankündigungsministerium" initiiert wird. Das bringt uns nicht weiter.

Ich erwarte im Sinne von Ehrlichkeit und Sachlichkeit, um die wir uns alle bemühen sollten, jetzt endlich mal ein ordentliches "Mea culpa" der Staatsregierung. Das heißt, die Staatsregierung sollte sich hier hinstellen und sagen: Tut uns leid, dass wir beim letzten LEP-Entwurf mit der Lockerung des Anbindegebots und vielen anderen Punkten die Entwicklung wider besseres Wissen und wider den Rat aller Oppositionsparteien in die vollkommen falsche Richtung gelenkt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ändern Sie das deshalb jetzt sofort! Dafür brauchen Sie keine vier Jahre, sondern ändern Sie das jetzt, bevor weitere Fakten geschaffen werden! Handeln Sie endlich! Reden Sie nicht nur, sondern helfen Sie den Kommunen und helfen Sie den Bürgern, Flächen zu sparen und unsere schöne Heimat zu erhalten!

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Bernhard Pohl von der Fraktion FREIE WÄHLER.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident! Sehr geehrte Frau Kollegin Karl, warum bedanken Sie sich nicht einfach bei der Staatsregierung,

(Widerspruch bei der SPD)

dass Sie jetzt einen anderen Weg einschlägt und beim Thema Anbindegebot gewisse Dinge wieder zurückschneidet? – Ja, Sie haben recht: Die Oppositionsfraktionen haben das in der letzten Legislaturperiode gefordert. Auch wir haben das getan und freuen uns, aber ohne eine Entschuldigungsaufforderung oder Häme oder so. Es ist doch in Ordnung, wenn man sagt: Okay, da sind wir vielleicht über das Ziel hinausgeschossen, da müssen wir einen Schritt zurückgehen. – Ich freue mich. Es ist besser, Dinge beizeiten zu ändern, als immer in eine falsche Richtung zu laufen, Frau Kollegin Karl. Es wäre, an die Adresse Ihrer Partei gerichtet, in dem einen oder anderen Fall auch einmal sinnvoll, Eigenreflexion zu betreiben.

Herr Kollege Hartmann, Sie sollten dem Parlament nicht irgendwelche nicht nachvollziehbaren Berechnungen vorlegen. Es ist sehr schön, dass Sie sich klar und deutlich dazu bekannt haben, wo Sie den Bevölkerungszuwachs abbilden wollen, nämlich in der Metropole München. Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass man da auf wenigen Hektaren, auf wenigen Quadratkilometern Hunderttausende von Menschen ansiedeln kann. Wollen Sie München wirklich zu einem Tokio II machen, Herr Hartmann?

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Wir wollen bezahlbaren Wohnraum schaffen!)

Wir wollen das nicht. Ich sage es auch ganz deutlich: Wir stehen im Gegensatz zu den GRÜNEN zum Gebot, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu schaffen. Und ich denke, jede und jeder der Kolleginnen und Kollegen hier im Hause sollte das auch draußen einmal verkünden, damit die Menschen wissen, woran sie mit den GRÜNEN sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Gleichwertige Lebensverhältnisse – Herr Hartmann, Sie können sich vielleicht daran erinnern, dass man vor zehn oder fünfzehn Jahren in Landkreisen wie Wunsiedel oder Hof noch darüber diskutiert hat, ob man leerstehende Häuser zurückbaut, um zusätzliche Grünflächen zu schaffen, weil die Häuser langfristig nicht vermietbar waren. Beispielsweise hat man in Selb ganz konkret über Derartiges nachgedacht. Wollen Sie das wirklich? Ist das das Ziel grüner Politik: eine Metropolisierung Bayerns und ein sterbendes Land? – Nein, wir wollen das nicht. Wir stehen ganz klar gegen diese grüne Metropolpolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Frau Kollegin Karl, Sie kritisieren, dass der Kollege Aiwanger das Wort "Regime" benutzt hat. Dazu sage ich Ihnen: Erst mal bedeutet Regime nur eine Herrschaftsform.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Aber Sie haben den negativen Touch, den der Herr Staatsminister damit ausdrücken wollte, schon erkannt. Ich glaube auch, dass er ein Stück weit berechtigt war. Denn das, was Sie vorgestellt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, hat nicht unbedingt sehr viel mit kommunaler Selbstverwaltung, nicht unbedingt viel mit Freiheitsrechten zu tun. Manchmal tun Sie ohnehin so, als stünde Ihre Partei den Freiheitsrechten besonders nahe. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall, wie Sie heute wieder bewiesen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Wir FREIE WÄHLER stehen natürlich auch für Konzepte in Städten, nicht nur in Metropolen, sondern auch in Mittelstädten. Wir stehen für Geschosswohnungsbau, für die Doppelnutzung vorhandener Flächen. Wir müssen uns durchaus Gedanken darüber machen, ob es vielleicht Sinn macht, Gleise in einem Bahnhofsbereich oder Straßen zu überbauen oder Parkplätze von Getränke- oder Einzelhandelsmärkten in Ständerbauweise zu überbauen.

Wir wollen Entwicklung im ländlichen Raum. Da müssen wir Ortskerne stärken, ganz klar. Der Staatsminister hat es angesprochen. Da werden Sie von der SPD auch gefragt sein; denn dazu brauchen wir den Bund, weil wir im Steuerrecht auf Bundesebene etwas tun müssen. Aber wir brauchen selbstverständlich auch Flächen für Menschen, die noch kein Einzelhaus, kein Eigenheim haben, aber gerne eines hätten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nun hat der Kollege Manfred Ländner von der CSU-Fraktion das Wort.

**Manfred Ländner (CSU):** Werte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN! Herr Hartmann, wenn Bayern ein Land der Betonierer wäre, dann würden nicht so viele Menschen nach Bayern kommen wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind nach wie vor ein Land, das Heimat bietet, ein Land, in dem die Menschen gut leben, ein Land, in dem die Liberalitas Bavariae noch großgeschrieben wird. Der Grund dafür, dass wir derzeit pro Kopf der Bevölkerung mehr Wohnfläche brauchen, ist natürlich auch die Tatsache, dass sich unsere Gesellschaft verändert hat.

Ich habe bis zu meinem zwölften Lebensjahr in einem Haus mit hundert Quadratmetern Wohnfläche gewohnt, zusammen mit der Oma, dem Opa, meiner Mutter, meinem Vater und meinem Bruder. Fragen Sie, wie viele Quadratmeter Wohnfläche heute ein Großelternpaar, ein Elternpaar und zwei Kinder benötigen; dann sehen Sie schon, wie weit wir gekommen sind.

(Alexander König (CSU): Das ist doch die Wahrheit!)

Die Beurteilung, ob das gut oder schlecht ist, obliegt nicht der Politik. Ich warne davor, dass die Politik den Menschen künftig ihre Lebensform vorschreibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich warne auch davor, dass das Häuschen im Grünen nur noch denen vorbehalten bleibt, die genügend Geld haben, es auch zu bezahlen, die 1.000 Euro pro Quadratmeter Grund und 5.000 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche aufbringen können.

(Anna Toman (GRÜNE): Wer kann sich denn das noch leisten?)

Darauf zielt Ihre Politik ab. Das wird das Ende sein, sehr geehrte Damen und Herren. Ich wehre mich auch gegen die Vorstellung, dass wir flächendeckend in Bayern Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben, die ihrer Verantwortung nicht gerecht werden. Das ist nicht der Fall.

Ich habe 42 Jahre kommunalpolitische Erfahrung und war übrigens einer der ersten Bürgermeister, die Ende der Neunzigerjahre schon einen Landschaftsplan gemacht haben und die in ihrer Kommune Blühflächen angelegt haben, und ich war einer der ersten Bürgermeister, die Flächen aufgekauft haben, damit keine Baugebiete mehr brachliegen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Waren Sie auch einer der ersten GRÜNEN im Landkreis?)

Ich war einer der ersten Bürgermeister, die den Verkehr nicht mehr durch die Ortschaft geführt haben. Was ist denn das Problem des Anbindegebotes, wenn Sie heute Industrie am Ortsrand haben? – Da fahren die Lkws, die Spediteure, die Arbeiter durch, und die Menschen sagen: Das wollen wir nicht. Welches Problem haben Sie, wenn Sie heute in den Ortskernen nachverdichten? – Die Menschen freuen sich doch nicht über Nachverdichtung. Sie sagen zwar: Jawohl, Nachverdichtung überall. Aber dieselben Leute, die "Rettet die Bienen!" unterschreiben, die gegen den Flächenverbrauch sind, sagen zur Nachverdichtung: Aber hier nicht! – Ich weiß, wovon ich rede. Denn in der Ortschaft, in der ich lebe, wird an zwei Stellen nachverdichtet. Wo vorher ein Einfamilienhaus mit einem großen Hof stand, entstehen jetzt zwölf Wohnungen. Zwölf Wohnungen bedeuten 24 Autos, Parkplätze, Menschen, die früh und abends wegfahren, worüber sich die Nachbarn dann beschweren. Denn sie können nicht mehr ruhig schlafen, weil jetzt so viele Autos

fahren. Das ist doch Tatsache, auch bei uns in Bayern, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und welche Probleme haben die Bürgermeister? – Die Bürgermeister haben Probleme mit einem neuen Baugebiet nicht deswegen, weil die Menschen keinen Flächenverbrauch wollen, sondern weil die unmittelbaren Anlieger keine Nachbarn vor der Haustüre und einen freien Blick haben wollen. Das ist doch das Problem. Sie ziehen dann auf die Straßen und sagen: Wir brauchen kein neues Baugebiet. Sie werden doch nicht glauben, dass es heutzutage ein Spaß für einen Bürgermeister ist, ein neues Baugebiet auszuweisen; gehen Sie doch einmal hinaus!

(Sandro Kirchner (CSU): Die gehen doch nicht raus!)

Und wenn wir schon dabei sind: Machen Sie doch in München erst einmal, was wir draußen in der Fläche machen sollen, beispielsweise Windräder im Englischen Garten! Das wäre doch was. Lassen Sie uns auf dem Land mit den Windrädern in Ruhe. – Das war nur ein Beispiel, das – zugegeben – etwas flapsig war. Aber das sind doch die Tatsachen.

Ich räume ein: Sicherlich hat es Fehlentwicklungen gegeben. Aber es war auch noch nicht möglich, verschiedene Dinge genehmigungsfähig zu machen, zum Beispiel in die Höhe zu bauen, weil die Herrschaften im Landratsamt und in der Regierung gesagt haben: In die Höhe zu bauen stört das Landschaftsbild. Wir müssen in die Breite gehen, damit der freie Blick auf den Kreuzberg oder sonst wohin gewährleistet ist. – Das sind Fakten.

Das heißt: Wir müssen unsere Vorschriften systematisch verändern, wir müssen systematisch Lösungen suchen und dann helfen. Aber eines brauchen Sie sich nicht einzubilden: dass unsere bayerischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nach München ziehen, am besten auf Knien rutschend, und um ein Zertifikat für ein neues Baugebiet betteln. Das machen sie nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU):  
Genau so ist es! Sehr gut!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Franz Bergmüller (AfD):** Sehr verehrte Damen und Herren! Das Thema lässt uns heute nicht los. Ja, das ist ein Thema, bei dem Emotionen hochkommen, und das ist auch richtig so. Neben den Emotionen müssen aber auch die Fakten beachtet werden.

Sehr verehrte Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie sind hauptsächlich diejenigen, die aus dem Feldzug gegen den Flächenfraß fast schon eine Glaubensfrage machen. Jeder, der hier etwas anderes vertritt und für Augenmaß wirbt, wird von Ihnen gezeißelt. Ich kann das in der Kommunalpolitik gut verfolgen. Ein ganz nettes Beispiel aus dem Landkreis Rosenheim ist der Brennerbasistunnel; da geht es auch um Flächenverbrauch. Die GRÜNEN sind vor Ort überall dagegen. Aber die, die woanders zuständig sind, wie der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Bundestag, Toni Hofreiter, sind natürlich für die Trassenführung, die die GRÜNEN vor Ort ablehnen. Das ist die Wahrheit. – Wasser predigen und Wein trinken.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen noch einen anderen Punkt. Morgen haben wir das Thema Volksbegehren auf der Tagesordnung.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Es gibt kein Volksbegehren! Das ist ein Gesetzentwurf!)

Sie haben die Ortsrandgebiete nebenbei einfließen lassen. Wissen Sie, was draußen in Ortsrandgebieten mit Blick auf Obstbäume los ist? – Das ist eine Katastrophe; denn wo entwickelt man denn die Orte draußen auf dem Land? – Obstbäume, die rundherum gepflanzt worden sind, sind jetzt geschützte Biotopflächen. Draußen auf dem Land ist die Hölle los, da die Leute die Bäume umschneiden – das weiß ich aus zwei Gemeinden in meinem unmittelbaren Betreuungsgebiet –, weil sie Angst haben, dass keine Entwicklung mehr möglich ist. Wir wissen doch: Wenn eine Fläche einmal Biotopfläche ist, dann ist die Entwicklung ein für alle Mal zu Ende. Als Obstbauern wissen wir aber, dass man einen alten Baum fällt und einen neuen nachpflanzt. Das ist doch Nachhaltigkeit: Alte Bäume werden durch neue ersetzt.

Jetzt ein paar Worte zu städtischen Gebieten. Dort müsste man einschreiten, damit Wohnraum nicht zweckentfremdet wird. Ich nenne nur das Stichwort Airbnb. In München werden Hunderttausende Quadratmeter Wohnraum zweckentfremdet. Dagegen wird viel zu wenig eingeschritten. Wohnraum wird entzogen und somit auch urbanes Leben in der Stadt zweckentfremdet.

Dasselbe gilt für Abschöpfungsquoten im Einzelhandel. In der Stadt München war der geplante Abriss des Franziskanergebäudes zugunsten von Einzelhandelsflächen ein Paradebeispiel. Als ob wir im Einzelhandelsbereich nicht schon eine riesige Überversorgung hätten. Dasselbe gilt für Hotelbauten. In München haben wir eine totale Überversorgung mit Hotelbauten. Für diese Flächen, die mehr Geld bringen, muss immer Wohnraum weichen. Hier muss der Gesetzgeber einschreiten.

Eine Wahrheit ist auch: Es ist der falsche Weg, die Entscheidung über höheres Bauen den Kommunen zu überlassen. In unserer Bauordnung gibt es schon seit zehn Jahren eine Experimentierklausel. Sie wird von den Kommunen nicht wahrgenommen. Ich fordere namens unserer Fraktion, eine Evaluierung zu starten. Wir werden diese demnächst beantragen. Der Gesetzgeber sollte das In-die-Höhe-Bauen mittels Änderung des Abstandsflächenrechts vorschreiben, wie ich vorher schon gesagt habe. In den Kommunen wird nämlich der Neidfaktor immer eine zu große Rolle spielen. Es sollte in die Höhe nachverdichtet werden. Im Gemeinderat fragt man: Wer baut das schon wieder? – Dies ist immer die Frage. Deswegen müssen wir dieses Thema auf eine höhere Ebene ziehen. Der Gesetzgeber sollte mit einer Änderung des Abstandsflächenrechts ein höheres Bauen ermöglichen. Steuerliche Anreize habe ich schon genannt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Das Wort hat Herr Kollege Sebastian Körber von der FDP.

**Sebastian Körber (FDP):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Manchmal hilft es, gerade an Sie adressiert, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, sich die Fakten anzusehen. 88 % der Fläche Bayerns sind nicht versiegelt.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Von den verbleibenden 12 % ist lediglich die Hälfte der Fläche überbaut. – Ich weiß, Herr Hartmann: Fakten tun manchmal weh. In dieser Fläche, von der Sie immer sagen, sie sei der Natur entzogen, das heißt, die nicht Wald- oder Ackerfläche ist, in diesen 12 % also sind der Englische Garten, Vorgärten und der Fußballplatz in einer Kommune auch miterfasst.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Das macht 6,3 %!)

Das sind auch Flächen, die noch nicht versiegelt sind, auf denen sich Flora und Fauna ansiedeln können und das Wasser abfließen kann, die aber statistisch eben falsch erfasst sind. – Ich weiß, dass das wehtut.

Sie sprechen immer vom Betonieren. Bei den Flächen, die wir für eine andere Nutzung benötigen, ist auch der Parkplatz vor dem Bioladen dabei, zu dem man mit dem Geländewagen fährt, um irgendwelche Körner aus Mexiko einzukaufen.

(Beifall bei der FDP und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Genauso ist es auch bei den Fahrradwegen. Auch die Fahrradwege, Herr Hartmann, sind da dabei. Auch diese werden asphaltiert. So leid es mir tut: Auch darauf fahren dann der Elektroroller und das Fahrrad; diese Fläche braucht man einfach.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen Wohnraum. Sie wollen auch immer Wohnraum haben. Wissen Sie, welche Parteifreunde bei mir zu Hause und in den Stadtteilen als Erste auf der Matte stehen, wenn man irgendwo etwas nachverdichten will? – Das sind Ihre Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Die wollen das nämlich nicht.

(Beifall bei der FDP)

Die finden dann immer irgendeinen Baum oder irgendein Getier, der oder das dort steht oder wohnt. Man muss ehrlich sein. Sie tun geradezu so, als ob alles zubetoniert würde.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Der Flächenverbrauch steigt seit einigen Jahren!)

So ist es ja nun wirklich nicht. – Einen Punkt muss man sich ebenfalls ansehen. Sie sollten sich vielleicht auch einmal damit befassen, wer denn für was in diesem Land zuständig ist.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Landesplanerisch ist Bayern zuständig!)

Sie wollen uns ja wirklich in eine zentrale Planwirtschaft steuern.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Die Landesplanung ist ein Instrument der Landespolitik!)

– Da haben Sie völlig recht: Die Landesplanung ist tatsächlich ein Landesrecht. Wissen Sie, welche Instanz in Bayern Flächen als Baugebiet ausweist?

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Die Kommune im Rahmen der Gesetze!)

– Das ist die Kommune. Merken Sie etwas? – Das sind die Stadträte und die Gemeinderäte. Wir können uns gerne noch zu einem Dialog treffen. Diese Fakten tun einfach weh.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde, dass es schön ist, diese Fakten einmal zu hören.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Auch wenn Sie noch so laut rufen, wird es nicht besser. Die Planungshoheit haben auch in Bayern unsere Kommunen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Im Rahmen der Gesetze, heißt es; im Rahmen der Gesetze!)

Wenn Sie fünf Hektar als Oberziel, als Grenze festlegen wollen, frage ich Sie: Wissen Sie, wie viele Quadratmeter ein Landkreis in Bayern am Tag noch ausweisen kann? – 500 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche. Das ist ungefähr die Fläche für ein Doppelhaus.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Das ist die Hälfte dessen, was es heute ist!)

Das ist dann die Fläche für ein Doppelhäuschen. Wie möchten Sie entscheiden, ob eine Gemeinde am Stichtag eine Kita bauen oder ein Gewerbegebiet ausweisen kann,

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Das haben wir alles im Gesetzentwurf drin!)

um zum Beispiel irgendwelche Bioprodukte zu produzieren? Wie legen wir dann fest, wer heute etwas bauen darf? Ist es dann Weiden in der Oberpfalz, die Stadt München oder die Stadt Landshut? Wie legen wir das fest?

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Das steht im Gesetzentwurf!)

Ich bin gespannt, wie Sie da eine Ordnung hineinbekommen wollen.

Was Sie vorschlagen, ist völlig absurd. Es ist geradezu realitätsfremd, eine starre Quote einzuführen. Befassen Sie sich mit den Realitäten, mit den Zahlen. Das tut manchmal auch gut. Bei der Planungshoheit möchten zumindest ich und die Fraktion der Freien Demokraten, dass die Kommunen und die Gemeinden noch selber entscheiden dürfen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Körber. Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 a** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten  
Horst Arnold, Martina Fehlner, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD),  
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a.  
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes**

**Förderung des Aufbaus und Betriebs von lokalen Anbietern  
gemeinnütziger Bürgerrundfunkprogramme/Community Media  
(Drs. 18/2585)**

**- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Die Begründung übernimmt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; die Fraktion hat damit elf Minuten Redezeit. – Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Maximilian Deisenhofer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Maximilian Deisenhofer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche zu diesem Tagesordnungspunkt auch ausdrücklich als einer von vielen GRÜNEN-Abgeordneten aus dem ländlichen Raum. Ich komme aus dem schönen 1.300-Einwohner-Dorf Niederraunau. Wir GRÜNE denken bei allen Themen Land und Stadt zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu unserem gemeinsamen Gesetzentwurf: Gemeinnützige Radiosender in Bayern, die sogenannten Community Media, arbeiten im Unterschied zu privaten Lokalradios nicht kommerziell. Sie können sich daher nicht über Werbeeinnahmen refinanzieren und sind auf Förderung angewiesen.

Die gemeinnützigen Sender "Radio Lora" und "Radio Z" haben sich durch ihre Arbeit unverzichtbar gemacht für die Medienvielfalt in Bayern. Beide Radiostationen werden seit über dreißig Jahren mit sehr großem ehrenamtlichem Engagement betrieben. Sie schaffen Meinungsvielfalt, sie wirken kreativ, sie denken quer, und sie arbeiten inklusiv. Durch ihre innovative Arbeitsweise geben sie auch den privaten und den öffentlich-rechtlichen Sendern Denkanstöße.

Wir verweisen daher erneut darauf, dass ein paar warme Worte hier und da nicht genügen, dieser wertvollen Arbeit zur Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft die angemessene Wertschätzung entgegenzubringen. Denn: Warme Worte sichern keine Produktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir diese Sender ernst nehmen, dann stehen wir auch in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass ihnen die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Daher bringen wir GRÜNEN heute gemeinsam mit der SPD in den Bayerischen Landtag einen Gesetzentwurf ein, der eine Basisfinanzierung lokaler Bürgerinnen- und Bürgerradios im Bayerischen Mediengesetz vorsieht. Dazu wollen wir in Artikel 11 Absatz 1 des Bayerischen Mediengesetzes eine Nummer 6 einfügen, die lautet:

sie

– gemeint ist die Bayerische Landeszentrale für neue Medien – BLM –

fördert über die Technik- und Programmförderung hinaus Aufbau und Betrieb von lokalen Anbietern gemeinnütziger Bürgerrundfunkprogramme/Community Media, deren Zweck nicht auf Gewinnerzielung angelegt ist, die rechtlich die Gewähr dafür bieten, dass sie unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften Einfluss auf die Programmgestaltung, insbesondere durch Zubilligung von Sendezeiten für selbstgestaltete Programmbeiträge, einräumen und damit mit innovativen, kreativen und vielfältigen Inhalten das publizistische Angebot einer Region ergänzen und einen Beitrag zur gesellschaftlichen Meinungsbildung und zur Förderung der Medienkompetenz leisten,

Ein sehr langer Satz, der aber sehr sinnvoll ist. Warum machen wir das? – Bürger-radios bieten jungen Medienmacherinnen und Medienmachern eine Plattform. Von ihnen geht großes kreatives Potenzial aus. Bürgerradios bilden aus. Sie sind Sprachrohr für alle, die sonst kaum zu Wort kommen und über die normalerweise nur berichtet wird.

Bei "Radio Z" und "Radio Lora" machen Menschen mit Behinderung, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, queere und strafgefangene Menschen und Menschen mit Psychiatrieerfahrung ihre eigenen Sendungen. Das ist aufwendig. Das ist wichtig für unsere Gesellschaft. Das verdient unsere Wertschätzung.

Sowohl das Europäische Parlament in seiner Resolution vom September 2008 als auch der Europarat in einer Erklärung des Ministerkomitees vom Februar 2009 haben Community Media als eigenen – dritten – Sektor des Rundfunksystems neben öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern zu einem wichtigen Teil des demokratischen Mediensystems erklärt.

So wichtig Community Media als dritte Säule der Rundfunklandschaft neben den öffentlich-rechtlichen und den privaten Sendern für den Pluralismus sind, so schlecht ist es um sie in Bayern bestellt. Was in Europa passiert, mag manchen von Ihnen vielleicht nicht so wichtig sein. Aber: Die Förderung des Ehrenamtes wurde 2013 in der Bayerischen Verfassung verankert. Diese ehrenamtlich geführten Sender zu unterstützen, ist nicht zuletzt ein Verfassungsauftrag. Das sieht auch Staatsminister Prof. Piazzolo so; jedenfalls hat er es in seiner Plenarrede vom 20. Oktober 2015 genau so gesagt.

Indem Sie dieser Förderung heute zustimmen, lösen Sie, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Staatsregierung, endlich ein, was Sie durch die Auszeichnung von "Radio Lora" und "Radio Z" mit dem Bürgerpreis 2016 des Bayerischen Landtags versprochen haben. Diese ausgezeichneten demokratischen Mitmacherradios brauchen endlich eine stabile Basisfinanzierung.

Es geht ja wirklich nicht um viel Geld. Eine Basisförderung für die Bürgerinnen- und Bürgermedien in Bayern würde im Promillebereich des Haushalts der BLM liegen. Wir wollen, dass das Ehrenamt nicht nur öffentlich inszenierte Preise erhält, sondern auch Wertschätzung in Form einer finanziellen Basisunterstützung bekommt. Dabei zählen wir auch auf die Unterstützung der Regierungsfractionen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Deisenhofer. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Martina Fehlner für die SPD-Fraktion.

**Martina Fehlner (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bürgerradios, die Community Media, sind Plattformen für gelebte Demokratie mit hohem, wertvollem, ehrenamtlichem Engagement. Wie der Name schon sagt: Radio für Bürgerinnen und Bürger von Bürgerinnen und Bürgern.

Dass diese Bürgermedien eine wenn auch kleine, aber unverzichtbare Säule des Rundfunksystems auch im Hinblick auf Meinungsvielfalt und Medienvielfalt sind, dürfte unbestritten sein. Diese gilt es auf allen Ebenen zu erhalten und zu stärken, weil die Bürgerinnen und Bürger direkt davon profitieren. Je besser, umfangreicher, unabhängiger, qualifizierter und vielseitiger die Öffentlichkeit informiert ist und wird, desto ausgewogener kann sie ihre Urteilsfähigkeit schärfen und, was sehr wichtig ist, so auch am demokratischen Meinungsbildungsprozess teilhaben und daran mitwirken. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, die privaten Hörfunkanbieter und die Bürgerradios leisten hierzu einen ganz wesentlichen Beitrag. Sie sind gelebte Demokratie.

Ein sehr wichtiger Aspekt für die Weiterentwicklung unserer Zivilgesellschaft ist das ehrenamtliche Engagement, auch – besser gesagt: vor allem – in den Medien, in den gemeinnützigen Bürgerrundfunkprogrammen. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt es aus unserer Sicht weiter zu stärken und zu fördern.

Die beiden bayerischen Bürgerradios, "Radio Lora" und "Radio Z", leisten vorbildliche Arbeit. Sie stehen für großes ehrenamtliches Engagement ihrer Mitglieder. Letztlich sind es ja dieses ehrenamtliche Engagement und der Verzicht auf jegliche Werbung, die den Unterschied zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den privaten Radios ausmachen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt: Die Community Media fördern die Medienkompetenz und kümmern sich – unabdingbar für die Demokratie – mit ihrem Programmangebot auch um benachteiligte Gruppen und Minderheiten. Inzwischen gibt es in mehr als 100 Ländern Bürgerradios, die alle mit großem Erfolg und starkem Zuspruch arbeiten.

"Was kann es Schöneres geben, als wenn Bürger für Bürger Radio machen?" In der Tat; das ist so. Und wer hat das so – richtig und schön – formuliert und mit dem Brustton der Überzeugung vorgetragen? – Das war, liebe Kolleginnen und Kollegen, am 20. Oktober 2015 in seiner Plenumsrede zu unserem gemeinsamen Gesetzentwurf – der eine oder andere wird sich daran erinnern – der damalige kulturpolitische Sprecher der FREIEN WÄHLER, Michael Piazzolo, heute bayerischer Kultusminister.

Jetzt, liebe FREIE WÄHLER, sind Sie in der Regierung, und jetzt könnten Sie es wunderbar umsetzen. Ich hoffe, Sie bleiben dabei.

Wir, die SPD-Landtagsfraktion, bleiben dabei. Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf erreichen, dass im Bayerischen Mediengesetz die institutionelle und strukturelle Basisförderung der Bürgerradios neben der Programmförderung ausdrücklich in den Aufgabenkatalog der BLM aufgenommen und damit noch deutlicher gesetzlich verankert wird. Eine gezielte Basisförderung durch die Bayerische Landeszentrale für neue Medien würde sich ohnehin nur im Promillebereich bewegen – das hat Herr Deisenhofer schon gesagt –, den Bürgerradios und den Ehrenamtlichen aber Planungssicherheit verschaffen und so zur lokalen und regionalen Informationsvielfalt einen sehr wichtigen Beitrag leisten. Dafür setzen wir uns ein, und dafür bitten wir Sie um Unterstützung. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Fehlner. – Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Ulrike Scharf.

**Ulrike Scharf (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorgelegte Gesetzentwurf der SPD und der GRÜNEN zielt darauf ab, Regelungen im Sinne einer Basisförderung gemeinnütziger Bürgerrundfunkprogramme lokaler Anbieter, sogenannter Community Media, im Bayerischen Mediengesetz zu verankern. Ein bisschen irritiert kann man schon sein, wenn man in die alten Akten schaut. Der Vergleich zeigt nämlich, dass dieser Gesetzentwurf wortgleich schon einmal, im Oktober 2015, hier behandelt wurde. Wir haben schon damals darüber debattiert.

Ziel dieses Entwurfs ist es, neben der bereits bestehenden Programm- und Technikförderung eine strukturelle Basisförderung für den Aufbau und den Betrieb der Community Media ausdrücklich zur Aufgabe der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien – BLM – zu machen. Als Begründung des Gesetzentwurfs wird die Änderung des Bayerischen Mediengesetzes zum 1. Januar 2013 angeführt. Es

wird argumentiert, mit der Streichung des Artikels 11 Absatz 1 Nummer 9 des Bayerischen Mediengesetzes sei die bis dahin grundsätzlich mögliche Struktur- und Technikförderung insbesondere für gemeinnützige Rundfunkanbieter und Programmzulieferer nicht mehr im Aufgabenkatalog der BLM verankert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zunächst festhalten, dass Bürger-radios zweifellos einen wichtigen Beitrag zu unserer Meinungsvielfalt leisten. Sie sind Teil der in Bayern gut funktionierenden und vielfältigen lokalen Rundfunkland-schaft. Insbesondere das große ehrenamtliche Engagement, das Bürgerinnen und Bürger hier einbringen, verdient unsere Anerkennung und unseren Respekt.

Dem vorliegenden Gesetzentwurf kann aus unterschiedlichen Gründen nicht ge-folgt werden. Ich werde im Folgenden darauf eingehen.

Das Bayerische Mediengesetz hat zu keiner Zeit, auch nicht vor dem Inkrafttreten der Änderung zum 1. Januar 2013, eine Basisförderung von Bürgermedien als Auf-gabe der BLM vorgesehen. Mit der erfolgten Gesetzesänderung, die 2012 ange-stoßen wurde und 2013 in Kraft getreten ist, wurde das Ziel verfolgt, die Organisa-tion und die Förderung des lokalen und regionalen Fernsehens im Bayerischen Mediengesetz als besonderen Aufgabenschwerpunkt der Landeszentrale festzule-gen.

Aus diesem Grund ist der Aufgabenkatalog der BLM in Artikel 11 Absatz 1 des Bayerischen Mediengesetzes überarbeitet und präzisiert worden. Es wurden keine bestehenden Fördertatbestände gestrichen. Eine strukturelle Basisförderung war auch zu einem früheren Zeitpunkt, in der früheren Regelung nicht vorhanden. In Bayern gibt es traditionell keine institutionelle bzw. Basisförderung für Bürgermedi-en, wie es in anderen Ländern zum Teil der Fall ist.

Lokale Angebote werden in öffentlicher Trägerschaft und unter öffentlicher Verant-wortung der BLM von privaten Anbietern und nicht vom öffentlich-rechtlichen Rund-funk verbreitet. Dort, bei den privaten Rundfunkangeboten, gilt ein klarer Grund-satz, nämlich der Grundsatz, dass sich die Angebote grundsätzlich über Werbung finanzieren müssen.

Punktuell ist eine Förderung aus staatlichen Mitteln und aus Mitteln der BLM aber möglich, zum Beispiel die Projektförderung des Lokal-TV gemäß Artikel 23 des Bayerischen Mediengesetzes. Genau hierunter fallen auch bürgerorientierte und kulturelle Rundfunkprogramme, die sich auf dem Werbemarkt nicht vollständig refi-nanzieren lassen.

Hinzu kommt die Technikförderung. Im Rahmen der Technikförderung besteht ein eigener Fördertatbestand zur Förderung der gemeinnützigen Hörfunkangebote. Die Sendernetzkosten der analogen Verbreitung werden beispielsweise mit 70 % gefördert, die der digitalen Verbreitung sogar mit 90 %.

Die BLM hat entsprechend Artikel 11 Absatz 1 des Bayerischen Mediengesetzes die Aufgabe, Vielfalt und Qualität der privaten bayerischen Rundfunkangebote zu fördern. Sie unterstützt kirchliche, kulturelle, soziale und auch wirtschaftliche Inhal-te.

Wenn wir den Bereich der Produktion anschauen, können wir feststellen: Baye-rische Anbieter und damit auch die gemeinnützigen Radioanbieter können für die Produktion anspruchsvoller Sendungen und Sendereihen Fördermittel bei der Lan-deszentrale beantragen. Ich möchte dies unterlegen: 2017 wurden mit dieser Pro-grammförderung überwiegend gemeinnützige Anbieter gefördert. Konkret in Zah-len: Im Geschäftsbericht der BLM findet sich die Programmförderung mit einer

Summe von 703.000 Euro, davon gehen 480.000 Euro an gemeinnützige Anbieter. Über 88 % wurden also von gemeinnützigen Anbietern in Anspruch genommen.

Gerade 2017 lag der Schwerpunkt der Programmförderung bei "Bürger on air", das sehr stark mit in Anspruch genommen wurde. Zusätzlich hat die BLM auch das Projekt "Mach Dein Radio" ins Leben gerufen. Hierbei handelt es sich um eine nichtkommerzielle digitale Radioplattform für Bürger, auf der jeder die Möglichkeit hat, selbst Radio zu machen und zur Meinungsvielfalt beizutragen.

Zusammenfassend ist also festzustellen, dass es in Bayern ein vielfältiges, gut funktionierendes lokales Rundfunkangebot gibt. Dabei ist ein herausragendes ehrenamtliches Engagement zu verzeichnen, das uns großen Respekt abringt. Es trägt zur Meinungsvielfalt in Bayern wesentlich bei.

Eine Basisförderung von Bürgermedien wird im Freistaat traditionell nicht betrieben, da sich die privaten Rundfunkangebote grundsätzlich über Werbung finanzieren müssen. Ich wiederhole: Dennoch ist eine punktuelle Förderung mit staatlichen Mitteln, durch Mittel aus der BLM möglich und wird auch genutzt.

Im Hinblick auf die Bürgermedien besteht keine Notwendigkeit einer Aufstockung der Förderung oder der Einrichtung einer institutionellen Förderung. Sollte der Gesetzentwurf auf die Etablierung einer weiteren öffentlich-rechtlich geprägten Rundfunksparte abzielen, die ebenfalls aus Rundfunkbeiträgen und Steuermitteln subventioniert wird, ist hier festzustellen, dass dies aus ordnungspolitischer Sicht abzulehnen ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf noch einmal zusammenfassen: Bürgerradios leisten zweifellos einen sehr wichtigen Beitrag zur Meinungsvielfalt in unserer Rundfunklandschaft. Bürgerradios erfahren bereits jetzt Förderung in Programm und Technik und nehmen diese in Anspruch. Deshalb sehen wir hierfür keine Notwendigkeit. Dem Gesetzentwurf wird vonseiten der CSU nicht zugestimmt.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Scharf. – Das Wort hat Herr Abgeordneter Henkel, AfD.

(Beifall bei der AfD)

**Uli Henkel (AfD):** Sehr verehrtes Präsidium, geschätzte Kollegen! Ehrenamtliche und gemeinnützige Arbeit ist für unsere Gesellschaft von unschätzbarem Wert, sind sie doch zwei tragende Säulen unseres Gemeinwesens und damit unzweifelhaft in unser aller Interesse. Folglich ist auch die Intention des vorliegenden Gesetzentwurfs, gemeinnützigen Rundfunkanbietern finanziell stärker unter die Arme zu greifen, zunächst einmal sehr zu begrüßen. Aber – wie könnte es bei einem Antrag von GRÜNEN und SPD anders sein – diese süße Frucht birgt doch wahrlich einen vergifteten Kern.

So beklagen die Kollegen in ihrem Gesetzentwurf, dass die Begrenzung der Fördermöglichkeiten infolge der Streichung von Artikel 11 Absatz 1 Nummer 9 des Bayerischen Mediengesetzes zusehends zu einer Auszehrung der Ressourcen der beiden Bürgerradios in München und Nürnberg geführt habe. Dahinter verbergen sich mit den Sendern "Lora München" und "Radio Z" aus Nürnberg jedoch jeweils Sprachrohre auch der lokalen linksradikalen Szene.

(Lachen bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der SPD: Unsinn!)

Nur zu verständlich also, dass man sich auf der linken Seite des Plenums hierfür mehr Mittel wünscht.

Ich erlaube mir, einen Auszug aus der Selbstbeschreibung von "Radio Lora" vorzutragen:

VertreterInnen des ökonomischen und politischen Herrschaftsapparates ist Platz für deren Meinung nicht ohne unsere kritische Auseinandersetzung einzuräumen. Insofern ist Lora nicht Herrschaftsradio, sondern programmatisch links-alternativ.

Was das nun aber konkret bedeutet, sehr geehrte Kollegen, erkennt man beispielsweise daran, dass der Sender "Lora München" regelmäßig Beiträgen und Autoren der marxistischen Zeitschrift "GegenStandpunkt" eine Plattform bietet. Über dieses illustre Magazin heißt es im Verfassungsschutzbericht 2017 des Bundes aber:

Die sektenartig organisierte Gruppe "GegenStandpunkt" (GSP) vertritt eine modifizierte Marxismus-Konzeption. Sie lehnt die parlamentarische Demokratie als "perfekte Form bürgerlicher Herrschaft" ab. Ihr Ziel ist die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft durch die revolutionäre Überwindung der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das klingt ja wie AfD, nur andersherum!)

– Aha, so ist das also, lieber Herr Dr. Mehring: linksextreme Propaganda auf Kosten des Steuerzahlers, frei Haus und mit den besten Empfehlungen von SPD und GRÜNEN.

Geschätzte Kollegen hier im Raum, stellen Sie sich nur eine Sekunde lang vor, wir würden die Frechheit besitzen, im Hohen Hause Steuergelder für ein AfD-affines Medium zu verlangen. Den Aufschrei auf der linken Seite des Plenums könnte man bis in die Staatskanzlei hinein hören, und das absolut zu Recht.

Die AfD-Fraktion steht hinter den ehrenamtlich Tätigen Bayerns und setzt sich generell für deren verstärkte finanzielle Unterstützung ein;

(Zuruf von der SPD)

dennoch muss bei allen staatlich geförderten ehrenamtlichen Projekten aber immer auf eine ideologiefreie Ausgestaltung geachtet werden. Letztere wird durch den vorgelegten Gesetzentwurf ersichtlich nicht gewährleistet. Nein, vielmehr wird das genaue Gegenteil intendiert. Als freiheitlich-politische Kraft lehnt die AfD-Fraktion eine solche staatlich subventionierte politische Indoktrination selbstverständlich rundweg ab, auch wenn sie, wie hier, gewandet in das unscheinbare Mäntelchen der Förderung vermeintlich gemeinnütziger Organisationen erfolgt.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Dem vorliegenden Gesetzentwurf werden wir dementsprechend nicht nur nicht zustimmen, nein, weitergehend fordern wir die Staatsregierung stattdessen auf, sicherzustellen, dass es zu keinerlei weiteren finanziellen Unterstützungen solcher linksradikaler Radiosender kommen kann.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Kollege Rainer Ludwig von den FREIEN WÄHLERN.

**Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste! Ich darf mich wiederholen: Community Media sind die Ergänzung zu den öffentlich-rechtlichen und den kommerziellen Medien. Sie bilden als dritter Sektor einen wichtigen Teil unseres demokratischen Mediensystems. Ich glaube, das ist unbestritten.

Bürger machen dabei also Medienpolitik. Bürger machen Radio für Bürger und für die Menschen in der Region. Ich persönlich begrüße dieses ehrenamtliche Engagement ausdrücklich, denn es dient unserer Gesellschaft und fördert eine pluralistische und demokratische Meinungsbildung. Herr Deisenhofer und Frau Fehlner, auf den ersten Blick ist Ihr Gesetzentwurf deshalb sehr lobenswert; denn auch wir FREIEN WÄHLER möchten die bürgernahen Medien, in diesem Fall den Bürgerfunk, uneingeschränkt stärken.

Übrigens steht diese Zielsetzung auch völlig im Einklang mit den Zielen der BLM. Der Hörfunkausschuss der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien setzt sich bereits sehr stark für nichtkommerziellen Rundfunk und Bürgerbeteiligungen ein. Er hat 2016 einen Unterausschuss Bürgerradio eingeführt und sich bemüht, dieses Projekt qualitativ voranzubringen.

Diese Intention verdient in der Tat finanzielle Förderung. Denn die Intention heißt auch, regionale Identität und Kultur- und Heimatbegriffe in den unterschiedlichen Regionen zu stärken. Ich freue mich, dass die BLM als eine der leistungsfähigsten Landesmedienanstalten unabhängig von der Änderung des Bayerischen Mediengesetzes jedes Jahr Bürgerradios mit der Programm- und Technikförderung stark unter die Arme greift.

Kollegin Scharf hat einige Zahlen genannt. Ich darf hier noch unterstützend dazu beitragen: Insgesamt betrug die Programmförderung der BLM für alle eigenständigen, gemeinnützigen Hörfunkanbieter seit 2016 inklusive der technischen Förderung und inklusive der Unterstützung für nichtkommerzielle Spartenanbieter die stolze Summe von 3,7 Millionen Euro. Bei der Vergabe wurden deutliche Prioritäten gesetzt. Genannt seien "Radio Lora", "Radio Z", Media School Bayern, das "Münchner Kirchenradio" und vor allem auch Jugend-, Studenten- und Ausbildungssender, die unterstützt wurden.

Meine Damen und Herren, als Medienrat setze ich mich auch künftig vehement dafür ein, solche Projekte zu stärken, damit sie mehr Geld bekommen. Unter diesem Aspekt hätten wir auch gern dem Vorstoß der GRÜNEN und der SPD zugestimmt. Aber im Kern geht es Ihnen um etwas ganz anderes.

Es geht Ihnen darum, die Förderungspolitik der Medien umzustellen. Sie wollen von punktuellen Förderungen von Projekten und Aufgabenfeldern hin zu festen Förderungen für diese Institutionen. Ich muss sagen, dass ich diesen Ansatz äußerst problematisch finde. Bürgerradios sind ein wichtiger Teil – das wissen wir –, aber eben nur ein Baustein eines vielfältigen Medienangebots im Freistaat Bayern.

Wir diskutieren im Medienrat regelmäßig darüber, wie wir diesem bayerischen Vorzeigemodell der Lokalradios und diesen Projekten mehr Leben einhauchen können. Wir sprechen natürlich über finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten. Aber ich muss Ihnen auch sagen: Es wäre einfach nicht klug, vom Ansatz einer punktuellen Förderung abzurücken und auf einen institutionellen Ansatz zu wechseln oder eine Basisförderung anzustreben. Ich sage Ihnen auch, warum.

Wir haben in den letzten Jahren mit einem massiven Wandel, mit einem Umbruch in der Medienlandschaft zu tun. Viele junge Menschen haben überhaupt kein Radio mehr. Sie informieren sich und diskutieren nur noch über das Internet, über Social Media. Es ist schon erwähnt worden, dass die BLM diese Problematik erkannt und

2015 die Online-Plattform "Mach dein Radio" ins Leben gerufen hat. Das hat die BLM ganz ohne Gesetzesänderung geschafft.

Schulradio, Campusradio, Bürgerradio: Ja, aber, meine Damen und Herren von den GRÜNEN und von der SPD, erkennen Sie doch bitte auch die Zeichen der Zeit. Ein völlig neuer Hype verändert jetzt die Medienlandschaft, nämlich die Möglichkeit, eigene Radiobeiträge in Form von Podcasts zu erstellen. Beiträge und Kommentare gerade in den sozialen Medien gewinnen doch vehement an Bedeutung. Insbesondere junge Leute betrachten Facebook, Instagram, YouTube sowie die bunte und aufstrebende Podcast-Szene als ihren eigenen Bürgerfunk. Dies war selbst bei den diesjährigen Lokalrundfunktagen ein großes Thema. Dieser rasante Wandel verändert natürlich auch die ursprüngliche klassische Ausrichtung des Bürgerfunks.

Die BLM sagt, ein weiterer Bedarf ist hier nicht vorhanden. Das heißt, die neuen, zukunftsweisenden Projekte erfordern Förderungen, die flexibel sind und situativ fokussiert sein müssen. Deswegen halte ich das System der punktuellen Förderung für wesentlich effektiver und zukunftsträglicher. Sonst würde nämlich auch ein ganz großes neues Thema, die völlig neue Dimension der Digitalisierung, künftig auf der Strecke bleiben. Genau vor diesem Hintergrund bleiben keine Kapazitäten für eine starre und gießkannenartige institutionelle Förderung eines Formats, das sich rasant verändert hat.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

**Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER):** Ich bin gleich am Ende. – Wir bleiben bei unserem Grundsatz der punktuellen Förderung. Ihren Gesetzentwurf, den Sie schon vor vier Jahren in dieser Form gleichlautend gestellt haben, lehnen wir erneut ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Den haben wir gemeinsam mit euch eingebracht!)

Die Zeichen der Zeit haben sich aber verändert. Sie haben mir nicht zugehört.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Abgeordneter, vielen Dank. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Helmut Markwort von der FDP-Fraktion aufrufen.

**Helmut Markwort (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der SPD und der GRÜNEN verbreitet falsche Fakten.

(Tobias Reiß (CSU): Fakten, Fakten, Fakten!)

Er stellt einen Notstand dar, den es nicht gibt. Die Sender "Radio Lora" und "Radio Z" werden seit 30 Jahren gefördert. Sie werden technisch gefördert, sie werden programmlich gefördert. Die BLM zahlt sogar einen großen Teil der Gema- und GVL-Gebühren, die für die Existenz eines Radios wichtig sind. Deswegen ist es eine falsche Behauptung, dass hier ein Notstand herrscht. Der Notstand bei diesen Sendern ist der Mangel an Hörern.

Ich bin ja ausgewiesenermaßen auch für die Vielfalt im Radio. Aber die Vielfalt im Radio kann man nur darstellen, wenn man gehört wird. Leider, oder – wie der Herr Henkel sagt – vielleicht auch zu Recht, werden diese Sender nicht gehört.

Die BLM gibt jedes Jahr viel Geld für die Funkanalyse aus, um festzustellen, wie viele Hörer welches Radio hören. Ich habe sie mir genau angesehen. Bei diesen beiden gemeinnützigen Sendern, die tatsächlich stark linksagitorisch im Inhalt sind, ist die Hörerzahl nicht nachzuweisen. Da können Sie suchen, wie Sie wollen.

Diese beiden Sender haben so wenige Hörer, dass sie in der Funkanalyse jedes Jahr nicht erwähnt werden. Wenn Sie die Sender einschalten, hören Sie oft Spendenaufrufe. Ich denke, dieser Gesetzesentwurf ist eine Art Spendenaufruf für die beiden Sender. Liebe Kollegen von den GRÜNEN und der SPD, wenn Sie den Sendern helfen wollen, dann schalten Sie sie ein. Sie brauchen jeden Hörer.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP sowie Abgeordneten der AfD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Als nächsten Redner rufe ich Herrn Kollegen Deisenhofer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

**Maximilian Deisenhofer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Wortmeldungen von CSU und FREIEN WÄHLERN finde ich Ihr Verhalten einfach nur bedauerlich. Sie vergeben Preise, Sie schreiben das Ehrenamt in die Bayerische Verfassung, aber scheuen echte Konsequenzen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Werte Kolleginnen und Kollegen, damit vertun Sie wieder eine Chance, lokale Bürgerinnenradios in Bayern auf ein sicheres Fundament zu stellen. Genau darum geht es nämlich. Niemand hat bestritten, dass es für diese Radios eine Förderung gibt. Wir brauchen aber eine solide Basisfinanzierung, damit diese Sender auf Dauer überleben können.

Der CSU-Kollege Blume hat damals, in der Plenardebatte am 9. Dezember 2015, auf ein Telefonat mit dem BLM-Präsidenten Schneider verwiesen. Die CSU wollte damals für das Problem der Förderung von Community Media unbürokratische Wege finden. So schaut das also aus, wenn die CSU etwas unbürokratisch löst. Vier Jahre später ist nämlich überhaupt nichts passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein weiteres Zitat aus der Plenardebatte der letzten Legislaturperiode. Ich zitiere:

Hier geschieht ehrenamtliches Engagement. Bürger machen Radio und Medienpolitik für Bürger und für Menschen. [...] sollten wir diese Medien nicht nur ernst nehmen, sondern auch finanziell unterstützen.

Das sage nicht ich, sondern das hat der jetzige Staatsminister, Prof. Piazzolo von den FREIEN WÄHLERN, genau an dieser Stelle 2015 so ausgesprochen. Außerdem hat der jetzige Staatsminister bei der damaligen Debatte gesagt, ihm sei egal, wer den Gesetzesentwurf einbringt, und dass die CSU per se alles ablehnen würde, was von der Opposition kommt. Die FREIEN WÄHLER haben am Anfang dieser Legislatur einen ganz neuen Stil versprochen und zugesagt, auch guten Ideen aus der Opposition zuzustimmen. Ja, wann denn sonst, wenn nicht bei diesem Gesetzesentwurf, den Sie selbst noch vor einigen Jahren unterstützt haben? Ich kann den Ball von Prof. Piazzolo nur aufnehmen und zurückspielen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Wenn Sie den Gesetzesentwurf nicht unterstützen können, weil er von den GRÜNEN und von der SPD kommt, dann schreiben Sie ihn halt ab und bringen ihn selbst noch mal ein! Hauptsache, es tut sich etwas, und die ehrenamtlichen Radioredakteure in Bayern werden endlich ausreichend unterstützt; denn sie haben es verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Weitere Redner gibt es nicht auf der Rednerliste. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist nun zwanzig Minuten vor 17 Uhr. Das Sitzungsende ist für 17 Uhr anberaumt. Ich entscheide, dass wir die beiden Gesetzentwürfe unter den Tagesordnungspunkten 2 b und 2 c heute nicht mehr diskutieren. Wir verlegen sie vielmehr zu Tagesordnungspunkt 19.

Des Weiteren schlage ich Ihnen vor, dass wir TOP 3, Abstimmung über Europaanliegenheiten, eine Verfassungsverstöße und Anträge, die nicht einzeln beraten werden, ebenfalls verschieben. Wann wir ihn genau behandeln werden, darüber werden Sie rechtzeitig unterrichtet. Ich bin nicht ganz sicher, ob die Präsenz so groß ist, dass wir das jetzt machen sollten. Es geht dann auch sehr schnell. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann wünsche ich Ihnen eine gute Anreise nach Schleißheim. Ich gehe selbstverständlich davon aus, dass wir uns anschließend alle wieder draußen treffen. Ich wünsche uns allen ein wunderbares Fest mit sehr, sehr vielen Bürgern aus dem Freistaat Bayern.

(Allgemeiner Beifall)

Die Sitzung ist damit geschlossen.

(Schluss: 16:41 Uhr)